

Geheimhalt
während mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1,50 Mk.,
jährlich 3,00 Mk.,
Durch die Post bezogen
1,00 Mk. exkl. Verfr. u. Z.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsbeilage)
durch die Post nicht bezogen,
aber monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047
Erlanger-Abreise
Polizeihauptkassier

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schmeinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr
betragt für die gewöhnliche
Textzeile oben einen Raum
20 Pfennig.
Für aussergewöhnliche Anzeigen
30 Pfennig.
Im erhaltenden Falle
kann die Zeile 7 Pfennig.

Interate
für die falsche Nummer
müssen bezahlen die gewöhnliche
Textzeile 10 Pfennig.
Expeditoren anfragen
sind.

Eingetragen in die
Polizeistiftung.

Reaktionäre Maulwurfsarbeit überall.

Fast vier Jahrzehnte sind verstrichen, seitdem Deutschland jene gewaltige Wollschere gesehen hat, die unter dem Namen des Bauerntriebs in der Weltgeschichte verzeichnet ist. Die Zeitbewegung war damals über jene städtischen geistlichen und bürgerlichen Elemente, welche nur eine „Reformation“, d. h. eine Kodifizierung von Rom wollten, weit hinausgeschritten; die Bauern erhoben sich in Masse, und den Druck der Feudalitäten abzuschütteln, und mit ihnen verbunden sich die demokratischen Elemente der Städte, um sich von der Patriarchatsfessel zu befreien. Das deutsche Volk stand in Massen vor Gericht bis in die Steiermark und vom Oberrhein bis an die Nord- und Ostsee.

Die Bewegung schickte an der Spitze tief eingetragenen heulenden Jerschreit, welche den erst allmählich gefolgt reaktionären Elementen tief verhasst, sich wieder zu sammeln. Sie hat aber Zeugnisse ihres Geistes hinterlassen, die uns zeigen, wie weit die Deutschen damals in ihren Anschauungen vorgeschritten waren. Die 1525 zu Selbstmord ausgeleitete Deutsche Reichsversammlung zeigt uns heute, wie spät das Frankfurter Parlament von 1848 bis 1849 kam, und die zwölf Artikel, das populäre Programm des bürgerlichen Aufstandes, sind in manchen Punkten heute noch lehrreich genug, um gelegentlich in Erinnerung zu werden.

Die beiden ersten dieser zwölf Artikel enthalten eine so einfache und radikale Lösung der ganzen damaligen kirchlichen Frage, daß sie aus Zweckmäßigkeit abstricht gegen die ungenügende Demotivation, die heute auf diesem Gebiete herrscht.

Im ersten Artikel heißt es:

„Zunächst ist unsere demütige Bitte und Begehrt, auch unter aller Hilfe und Meinung, daß wir nun höchsten Gewalt und Macht haben, unsere kirchlichen Angelegenheiten selbst einrichten und zu entscheiden, auch Gewalt haben, denselben wieder zu entziehen, wenn er sich ungebührlich hielt. Der erwähnte Pfarrer soll uns das Geangeltum lauter und klar predigen, ohne allen menschlichen Zusatz, Widersetzlichkeit und Gehot.“

Und im zweiten Artikel heißt es über die Befolgung des erwähnten Geschickens:

„Zum anderen, nachdem der rechte Gehot**) aufgestellt ist im alten Testament und im neuen als erfüllt, wollen wir nichts bestimmter den rechten Korrespondenz gern geben, doch wie es sich gebührt. Gehoben er einem Pfarrer, der klar das Wort Gottes verkündet, so sind wir Willens, es sollen hinfort diesen Gehot unsere Kirchenpredigten, welche dann eine Gemeinde einleitet, einstimmen und einnehmen, das er einem Pfarrer, der von einer ganzen Gemeinde ernannt wird, ihnen allem gleichmächtigem Unterhalt geben, ihm und den Seinen, nach Erkenntnis einer ganzen

*) Gehot oder Gehot ist die Abgabe des zehnten Teiles von landwirtschaftlichen Produkten; hier der zehnten Kirchenzehnt.

Gemeinde, und was überbleibt, soll man armen Dürftigen, so in demselben Dorf vorhanden sind, mitteilen, nach Gestalt der Sache und Erkenntnis einer Gemeinde. Was übrig bleibt, soll man behalten für den Fall, daß man von Landesnot wegen einen Kriegszug machen müßte; damit man keine Landessteuer auf den Namen legen dürfte, soll man es von diesem Ueberflusse ausrichten.“

Diese Forderungen wurden, entsprechend dem damaligen Geiste der Zeit, aus der Bibel begründet.

Die Lösung der ganzen Frage ist die denkbar einfachste; der ganze hohe kirchliche Apparat fällt weg; die Trennung von Kirche und Staat ist vollständig und die Gemeinde allein hat sich mit den weltlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder zu befassen. Der Konfessionenlose Gemeindeführer im heutigen Sinne war in jener Zeit allerdings kaum denkbar.

Aber welche ein Unterschied gegenüber den Zuständen von heute! Und um ihm zu zeigen, haben wir diese alten Artikel der Bauernschaft hervorgerufen, weil gerade jetzt in Preußen die Orthodorie einen großen reaktionären Anlauf nimmt. Der evangelische Oberkirchenrat hat nämlich heute in Berlin tagenden den preussischen Generalsynode einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher das Recht der evangelischen Gemeinden, ihre Pfarrer selbstständig zu wählen, außerordentlich verfürzt; da, wo die Gemeinde einen Zufuß aus kirchlichen oder staatlichen Fonds bezog, soll die Kirchenbehörde abmehrend mit der Gemeinde den Pfarrer ernennen; wenn aber ein Pfarrer freiwillig sein Amt niederlegt oder durch Disziplinarverfahren dazu gezwungen wird, so soll die Gemeinde seinen Pfarrer mehr wählen dürfen, sondern derselbe wird vom Konfessionenrat ernannt. Der Zweck dieses Vorgehens ist natürlich, die liberalen Elemente aus der evangelischen Pfarrerschaft auszuschließen.

Was sich interessiert uns diese Dinge wenig. Aber es ist interessant, den Geist der deutschen Bauernschaft von 1525 dem Geist der preussischen protestantischen Orthodorie von 1907 gegenüberzustellen.

Um die Kämpfe zwischen „liberalen“ und orthodogen Elementen in der protestantischen Geistlichkeit haben wir uns wenig gekümmert, denn das wichtigste ist uns die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, so daß die religiösen Vereinigungen im Staate und vor dem Geetze ganz dieselbe rechtliche Stellung einnehmen, wie alle anderen Vereine. Das ist uns weit wichtiger, als die in neuerer Zeit so vielfach wiederholten Versuche, die Religion mit den Naturwissenschaften in Einklang zu bringen. Wir mit unserer durchaus materialistischen Weltanschauung gehen in dieser Frage aufs Ganze. Ein „liberaler“ Geistlicher, der bemüht ist sich, so weit es sein Amt erlaubt, mit dem modernen Menschenum in Einklang zu bringen, mag dem bürgerlichen Liberalismus sympathisch erscheinen; man findet bei „modernen“ Geistlichen aber oft weniger Toleranz, als bei jenen, die sonst mittelalterlich angehaucht sind.

Von der preussischen Orthodorie ist aber gar keine Toleranz zu erwarten; sie wird nur Männer ihres Vertrauens zulassen. Die Ministerarbeit die in ihrem Antrage auf der Generalynode enthalten ist, geht aber weit über den kirchlichen Rahmen hinaus. Sie ist ein Teil der allgemeinen reaktionären Strömung, die sich in diesen Tagen breit macht, nachdem das agrarische Zentrum in Deutschland so viel Einfluß gewonnen hat. Es geht nach dem Geiste, das einst das Haupt der Kammer als Hofprediger Wilhelm IV. von Preußen, der General Synode von Gera, nach dem Staatsrecht von 1848 an die Regierung schickte: Man müsse die „aussergewöhnlichen Leute, die hoch vorgehen“, in die Kammer bringen; auch dürfe man keine Bedenken gegen sogenannte extreme Charaktere, Ultra-Konservativen, Vitiellen, Absolutisten haben.

Dies Respekt wird auch heute befolgt und das Zentrum, das sich zu den Staatsbürgern drängt, entspricht den darin aufgestellten Wünschen vollkommen. Man steuert darauf los; die bormaligen Zustände, so viel es nur irgend angeht, wiederherzustellen. Dies beweist auch das Verhalten, die Defensivität des Gerichtsverfahrens, infolge der letzten ungewissen Prozesse wieder einzuführen.

Zu all diesen reaktionären Experimenten kann man eine ausserordentlich orthodoge und pietistische Garde in den geistlichen Elementen vorstellbar machen. Und das heißt dann Vorgehen des preussischen Oberkirchenrats, und das sonst wenig kümmert würde, eine gewisse Bedeutung.

Aber mit Zaren kann man so wenig wie mit Mönchs-kutten den Sonnenaufgang verhindern.

Tagessgeschichte.

Halle a. S., den 17. Dezember.

Zeugnisoffener nach verständigen Ermessen.

Die Nr. d. d. U. I. g. 3. v. 1907. ist veröffentlicht das folgende Schreiben, das der Reichsanwalt am 8. Dezember d. J. an die Bundesregierung gerichtet hat:

Die Tatsache, daß im Strafverfahren von der Befugnis, zur Ergänzung des Zeugnisses die Haft anzuordnen, mitunter in Fällen Gebrauch gemacht wird, in denen die Anwendung des Zwangsmittels nach der Lage des Einzelalles weder zur Beurteilung der Sache noch zu dem vorläufigen Ergebnis der Wahrheitsfindung in dem richtigen Verhältnis steht, hat schon häufig zu unbilligen Erwartungen Veranlassung gegeben. Daß die Gerichte in solchen Fällen die Grenzen der ihnen übertragenen Befugnisse formell einhalten, kann zur Rechtfertigung des Verfahrens nicht dienen. Denn die Befugnis wird durch die gesetzlichen Vorschriften nicht genötigt, das Zwangsmittel in jedem Falle zur Anwendung zu bringen; das Gesetz überläßt alles ihrem verständigen Ermessen. Es liegt daher ganz im Sinne des Gesetzes, wenn die Gerichte von ihrer Befugnis nur da Gebrauch machen, wo es nach den Umständen des einzelnen Falles unerlässlich erscheint.

Der Octopus. Eine Geschichte aus Kalifornien. Von Frank Norris.

Mit einem Male machte Presley Holt; sein Auge war durch ein großes Schid gestellt worden, das über dem Eingange eines mächtigen Verwaltungsgedäudes angebracht war. Von einer plötzlichen Eingebung erfaßt, blieb er einen Augenblick mit starren, weitgedehnten Augen und geballten Fäusten auf dem Bürgersteige stehen.

In dem Gebäude hatte die Generaldirektion der Pazifischen und Südwest-Bahn ihren Sitz. Es war, wenn schon von bedeutender Größe, durchaus nicht in die Augen fallend; Presley mußte während seiner verstreuten Aufenthalte in der Stadt nicht oft daran vorübergegangen sein, ohne daß es seine Aufmerksamkeit erregt hätte.

Das also war die Wohnung des Feindes — von hier aus breitete sich das ungewisse und widerwärtige, von dem Lebens- und Sinares rotende Ueberge, rcht aus; hier war der Knotenpunkt des Geschehes, in dessen Wirbeln sich Schicksal, Glück und Leid, so vieler verstrickt hatten. Von hier aus — so sagte er sich — war die planmäßige Erpressung, Verewältigung und Ungerechtigkeite ausgegangen, die alle Rechte den Randbessigern raubten, bis die an die Wand gedrängt, sich dem erbarungslosen Gegner stellen, um im erbiterten Verewältigungskampfe zu fallen. Von hier aus waren an S. Bowman, an Cyrus Kugler und an Gensliger die Befehle erteilt worden, deren Durchführung Dutz in den Kerker gebracht, Anruiter getötet, Magnus ruiniert und Roman zu Schanden gemacht hätte. Hier war der Hauptort der Fronen und hier hater einem der vielen Kerker, in einem der vielen Zellen der riesigen Wälsche, sah Ehelgrim, ihr Herr und Meister. Im selben Augenblicke, in dem Presley sich diese Gedanken vergegenwärtigte, erblickte ihm eine unbewußtliche Reugier,

Warum sollte er nicht von Angesicht zu Angesicht den Mann sehen, dessen Macht so ungewehr, dessen Willen so unbestechbar, dessen Vermögen, Unheil anzureichen, so grenzenlos war, den Mann, den alle so lange und so ausdrücklich beklammert hatten? Es war Presley bekannt, daß er zugänglich war; warum sollte er ihn also jetzt nicht aufsuchen? Presley raffte sich zu einem raschen Entschlusse auf. Handelte er, der Eingebung des Augenblicks folgend, nicht sofort, so würde er, das stand bei ihm fest, nie handeln. Will Kopfenhemd zerger und gepreßt atmend betrat er das Gebäude und fand sich in einigen Augenblicken in ein Zimmer findend, mit feine Augen hingem wie hypnotisiert an der Wartungstische hier in das nächste Zimmer sich enden Tür, die in goldenen Buchstaben die Aufschrift „Präsident“ trug.

Presley wunderte sich daß Ehelgrim noch in seinem Bureau war. Es war bereits spät — schon lang war sechs —, und die andern Bureau in dem Gebäude waren eben geschlossen. Wie er waren bereits leer. Durch die offene Tür des Vorzimmers konnte Presley die Schreiber, Laufburschen, Buchhalter und andere Angestellte, deren Tagewort darüber war, nach den Treppen und Wärsigen eben gehen Ehelgrim allein, der keine Ermüdung zu kennen und keine Ruhe zu brauchen schien, blieb noch an seinem Schreibtische sitzen.

„Um welche Zeit geht Herr Ehelgrim gewöhnlich nach Hause?“ sagte Presley den jungen Mann, der im Vorzimmer an e m Tische saß und liierte.

„So zwischen halb sechs und sieben“, antwortete der. „Sehr oft kommt er abends wieder.“

Und der Mann war richtig Jahre alt. Presley konnte einen Auswurf des Staunens nicht unterdrücken. Der Präsident, der P. und S. W. war also nicht nur geistig ein Riese, Sichts als Jüngling alt — und noch immer hielt er auf seinem Rücken als mit einer unerschütterlichen auf die Ziel gerichte ein Willenskraft und einer Unerschütterlichkeit, die viele in voller Jugendkraft Ehelgrim um den Verstand gebracht und gesund, eitellich zugleich gelehrt haben würde.

Aber schon die Presley trocknete die Züge an. „Es ist die Lebensart eines Berufsmannes“, sagte er sich. „Der

menschensressende Leben ist auch stark. Der Mann, der einem ganzen Volke das Lebenslüt aufgehalten hat, sollte wohl stark besitzen.“

Eine kleine elektrische Wandglocke klangte scharf. Der junge Mann, der Ehelgrim leitete, legte die Feder aus der Hand und steckte die Tür öffnend, seinen Kopf in das Zimmer des Präsidenten; nach einem mit dem für Presley unsichtbaren Zimmerinhaber getuschelten Worte machte er die Tür weit auf und sagte:

„Herr Ehelgrim läßt bitten.“

Presley trat in einen großen, hellen, aber auffallen hohen Raum. Ein abgetretener Teppich bedeckte den Fußboden, zwei Stahlstühle hingen an der Wand und ein paar Stühle standen an dem schlichten großen Tische, auf dem eine Menge Papier unordentlich überlagert. Dazu kam noch ein Schreibtisch in der Ecke mit einem großen Krug voll Eisenblei, auf dem ein reines freigeschärftes Sandtuch lag. Das war die ganze Ausstattung des Zimmers. Ein Mann, vermutlich der Gehilfe eines Abteilungsleiters, stand sich auf eine Stuhllehne sitzend, an der einen Sammelkiste des Tisches. Ehelgrim selbst saß in seinem großen Drehstuhl.

Er war ein großer, schmäcker, fast plump zu nennender Mann. Der eckige Schnurr, und Vollbart bedeckte den Mund und den unteren Teil des Gesichtes vollständig. Seine Augen waren hellblau und etwas trübsinnig; das bleiche Gesicht zeigte hier und dort kleine Leberflecken. Was aber Presley sofort auffiel, das war die ungewohnte Breite seiner Schultern. Er hatte noch nie einen freifaulerigeren Mann gesehen. Ein kurzer Schilfiedie in diesen mächtigen, fast zu einem Rüssel gerundeten Schultern, die dazu geschaffen schienen, die schwerste Reantwortlichkeit und eine jeden andern überdrückende Last von Paß sich aufzubürden zu lassen.

Er trug ein schleierförmiges feineses Knäppchen und einen langarmigen doppelreihigen Rock von schwarzem Tuch mit dazugehöriger Weste, an deren unteren Knöpfen der Stoffüberzug angebracht war, so daß man das Metall darunter sehen konnte; die oberen waren offen, und in dem Hemdboden waren zwei Beulen eingeknüpft.

Presley, der unbedacht blieb, bestie sich, ohne dazu aufzuerbirt zu sein. Der Beamte erstickte eben einen Verdacht. Er sprach, ohne seine Stimme zu dämpfen, so daß Presley jedes Wort verstehen konnte. Der Beamte stellte seine Stimmröhren frei. Er betrat einen Buchhalter in dem Bureau des die Ausgaben prüfenden Rechnungsbeamten. Der Mann schien durchs-

Wenn dies geschehe, würden Mitglieder vermieden werden bis sie zum Vorkommen. Es herrscht wohl Einverständnis darüber, daß in der neuen Strafprozessordnung eine wirksame gesetzliche Abhilfe zu schaffen sein wird; es habe deshalb in dem Entwurf eines neuen Strafprozessgesetzes, welcher dem Bundesrat demnächst zugehen wird, dahin gerichtete Bestimmungen aufnehmen lassen. Aber auch abgesehen von diesen gelegentlichen Einwürfen sollte, wie ich meine, in jeder Weise dahin abgesehen werden, daß niemals ohne gebührenden Anlaß von dem durch das Gesetz zur Verfügung gestellten Zwangsmitteln Gebrauch gemacht werden. Wenn die Staatsanwaltschaften darauf hingewiesen würden, ihrerseits bei der Stellung von Anträgen auf Anordnung der Zwangsbefugnis Zurückhaltung zu üben, aber auch den Gerichten gegenüber die Bedenken, welche gegen die Anwendung der Maßregel nach Lage des Einzelfalles sprechen, regelmäßig geltend zu machen, so möchte ich eine größere Vorsicht bei der Anwendung des Gesetzes wohl erreichen lassen, ohne daß der Unabgängigkeit der Gerichte zu nahe getreten wird. Ich wäre dankbar, wenn diese Anregung bei den einzelnen hohen Regierungen eine entgegenkommende Würdigung finden und, wo dies angezeigt erscheint, zu entsprechenden Anweisungen an die zuständigen Instanzen führen sollte.

Dieses private Schreiben ist wohl eine der Weihnachtsüberreichungen, die Herr Bilow für seinen treuen Liberalismus vorbereitet hat. Ein hohes Mißgeschick und Schamgold lauer bedrückt. Die Zeugniszwangsbefugnis der Reichsjustiz durch die kommende neue Strafprozessordnung nicht etwa beseitigt, sondern reformiert werden, und für diese Reform soll, was vorläufig sorgfältig verschwiegen wird, ein kausaler reaktionärer „Angebotswahl“ eingekauft werden, wie z. B. die Verjüngung der Schwurgerichte.

Die Verjährungsfähigkeit solcher Privatbriefe des Reichsjustizlers ist ein ganz ungewöhnlicher auf Stimmungsmaße berechneter Vorgang. „Eine Umwidmung des Königs Demos“ würde Herr Bilow sagen, eine sehr durchsichtige und plumpe, fügen wir hinzu. Warum vertritt die St. Nordd. Allg. Zeitung gerade diesen einen Privatbrief, und nicht die zahlreichen von Berlin ausgehenden amtlichen Schreiben, in denen die Bundesregierungen am reaktionären Sinne beunruhigt werden?

Was schließlich den Effekt des neuen Willkürbroschüres betrifft, so hat die Nordd. Allg. Zeitung erst unlängst ausgeführt, die Bedeutung der Zeugniszwangsbefugnis werde vielfach überschätzt, denn meist treffe sie ja doch bloß sozialdemokratische Reichsjustiz. Der gebührende Anlaß dieser „nach verlässlichen Erkenntnis“ eingehenden, die Staatsanwälte und Gerichte wohl auch häufig vorhanden sein.

Bilow als Zentrumsgagist.

Der Reichsjustizler Herr Bilow hat vor kurzem dem katholischen Arbeiter in Holzhäusern (Baurisch) Schreiben auf die Lieberstellung von ihm verfaßten Buches „Mitteln und Wege des christlichen Arbeiters“, ein Schreiben zugehen lassen, worin es heißt:

„Ich schätze die treue Mitarbeit der katholischen Kreise Deutschlands an dem großen Werk der sozialen Verbesserung besonders hoch und wünsche, daß auch Ihrem Verleugern und Gebetsbuch ein voller Erfolg beschieden sein möge, zum besten unseres deutschen Arbeiterlandes.“

Die Frankf. Ztg. gibt nun einige Stellen aus dem vom Reichsjustizler belobten Buchlein zum besten. Dabei stellt sich heraus, daß es sich um eine nachdrückliche Zentrumsgagist handelt. Ueber die Reformation heißt es z. B.:

„... Luther, Calvin und die vielen anderen, die durch ihren Willen von der Kirche unglücklich abgelöst wurden, wären es eher geworden, wenn sie sich nicht von der Einheit und Stabilität hätten beherren lassen. Eitelkeit und Ehrfurcht war es, das hat mit neuen Lehren auftraten...“

Der Sachverhalt, der ja auch ein Empfehlungsschreiben des Reichsjustizlers für seine Willkürbroschüre veröffentlichten konnte, hat da einen ganz gefährlichen Konkurrenz bekommen!

Der Streit zwischen Bayern und Preußen.

Im bayerisch-preussischen Streit ist die Entscheidung noch immer nicht gefallen. Noch immer nämlich weiß der Flottenvereinspräsident nicht, ob er mit dem bayerischen Prinzen oder mit dem preussischen General gehen soll, und selbst der Verl. Polanzinger, an dem man sonst genau sehen kann, welcher Wind oben weht, und der darum für gewisse Teile der Nation ein allzeit zuverlässiger Führer ist, schwankt ungewiss zwischen beiden. Zunächst findet er allerdings das Verhalten des General Keim unverständlich, da dieser doch auf das Bestimmteste dem Austritt des Prinzen Puppelstein für den Fall seiner Wahl ins Amt zugestimmt hat. Dann aber verständlich ist eine Abänderung des Generals, in der von den „Anträgen einer Nebenregierung“ die Rede ist und verifiziert wird, Prinz Heinrich sei in alle Vorgänge genau eingeweiht und könne das Vorgehen des Prinzen. Der Verein sei ein privater Verein und lasse sich in seine Angelegenheiten von niemand hineinreden. General Keim beabsichtigt nicht im Entfernsten sein Amt niederzulegen.

In scharfem Gegensatz zu dieser Tonart steht aber wieder die Versicherung des Scherblattes, die Haltung der Bayern sei

aus zweifelhafte, fleißig und strebsam zu sein. Zeitweise aber — und auch nur in langen Zwischenräumen — erlaube ihm der Kaiser, er war dann drei Tage lang wie lebend. Während dieses Zeitraumes vor seinen Thron, das Schmeicheln hielt er in der Vorhalle des Kaiserpalastes, und gab sich alle Mühe, sein Kaiser abzulösen; in niedrigerem Zustande war er eine ständige Arbeitkraft. Das hatte man verächtlich und ihm immer und immer wieder verziehen.

„Sie werden sich erinnern, Herr Schlegel“, sagte der Beamte, daß Sie vor ein paar Jahren für ihn verurteilt haben, wenn wir keine Entlassung antragen. Ich glaube nicht, daß wir ihn länger behalten können. Jedemal verprügelt er sich zu wehren, aber es ist immer wieder die alte Geschichte. Dies Mal hat er sich vier Tage lang nicht lassen lassen. Ich glaube wirklich, Herr Schlegel, wir sollten Zentel von ihm abgeben. Wir können uns den Luxus nicht leisten, ihn zu behalten. Wir verlieren zu viel Geld durch ihn. Hier ist eine Entlassung fertig zur Unterfertigung, falls Sie es wünschen.“

Eine Caute trat ein. Altemo warfete Vreslen auf die Entscheidung. Der Beamte legte das mit der Wache betreffende Entlassungsschreiben vor seinen Oberen. Das Schmeicheln hielt er in der Vorhalle des Kaiserpalastes, und gab sich alle Mühe, sein Kaiser abzulösen. Er schwang seinen Drehtuhl nach den Neutren hinter sich herum und blickte starr ins Freie. Endlich redete er:

„Entsetzt hat Familie, eine Frau und drei Kinder... Wieviel haben wir ihm?“
„Einhundertunddreißig.“
„Verdoppeln wir das, oder lassen wir zweihundertundfünfzig. Wir wollen sehen, wie das wirkt.“
„Genau — natürlich — wenn Sie meinen, aber wirklich, Herr Schlegel, verstanden wollen wir's jedenfalls.“
(Fortsetzung folgt.)

„Jorrell und unanfechtbar“ und die Einzahlung, man dürfe doch nicht von unanfechtbar Großheit reden, da Keim Jorrell und Stresemann Gadsje sei. Nun ist aber Keim, obgleich Voss von Geburt, preussischer General, der junge Hoffnungsvolle Herr Stresemann, obgleich naturalisierter Sachse, ein Berliner Kind. Schämt sich Preußen aus solcher Götze?

Die Haltung des Tierhalters.

Belanntlich war der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches sofort mit dessen Inkrafttreten den Tieren ein Dorn im Auge. Nach mehrfachen Anläufen im Reichstage ist es nun gelungen, daß der Bundesrat dieser Tage dem Reichstage einen Entwurf über die Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat zugehen lassen. Dieser Paragraf lautet jetzt wie folgt:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Dem Reichstage wird nun folgender zweite Satz zu diesem Paragrafen zur Annahme vorgelegt:

„Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Beruf, der Gewerksfähigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist und entweder der Tierhalter bei der Veranlassung des Tieres die im Verletere erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.“

Demnach handelt man nun in den unterschiedenen Kreisen die angelegte Verleserung. Die hat z. B. die Landwirtschaftskammer zu Münster berichtet, daß von etwa 52000 landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Westfalen nur etwa 11000 versichert waren aus anderen Provinzen ist berichtet worden, daß zwar die Großgrundbesitzer zu etwa 90 Prozent, die Klein- und Mittelbesitzer dagegen nur zu 20 bis 50 Prozent versichert haben. Auch die Berichte der Handelskammern sollen erkennen lassen, daß im allgemeinen kleinere Gewerbetreibende nur in geringerer Zahl Versicherungen nehmen. Von den Lohnführer-Unternehmungen nur berichtet, daß im Bezirke der Handelskammer zu Potsdam nur etwa 30 Prozent, im Bezirke der Handelskammer für den Regierungsbereich Vosen nur eine geringe Zahl sich durch Versicherung gegen Haftpflicht gesichert hat. Auch der Verband deutscher Fabrikanten in Frankfurt hat mitgeteilt, daß kaum der dritte Teil seiner 42000 Mitglieder versichert sei. Einwendungen, daß die Versicherungsverhältnisse die kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden erheblich belasten, sind durchaus nicht maßgebend für eine Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Das Vorfängesetz und die Agrarier. Nach der Deutschen Tageszeitung werden, die verbundenen Regierungen zu dem nun, damit als unbedingt sicher zu rechnen, daß der Entwurf des Vorfängesetzes ohne erhebliche Änderungen seine Mehrheit im Reichstage finden wird.“

Ohne Vorfängesetz kein Noth. Aber die Agrarier scheinen der Ansicht zu sein, mit dem Zentrum siehe es sich auch ganz gut leben!

Der Mollte-Garben-Prozess wurde wegen der Erkrankung Garbens auf Donnerstag 9½ Uhr vertagt. Am Schlusse der gestrigen Verhandlung gab Graf Mollte folgende Erklärung ab: Es ist mir in diesen Tagen eine Vorführung des Dr. Werz nachgegangen. Ich stehe in keiner Weise in irgendwelcher Gemeinschaft mit dieser Vorführung, die ich als mir höchst peinlich empfinde. Auch der Staatsanwalt erwähnt, daß auch ihm diese Vorführung zugegangen wäre, und daß er nur Notiz davon genommen hätte. Im Uebrigen sei die Vorführung belanglos, daß Dr. Werz sich nicht als Sachverständiger geladen worden sei.

Durch die Berliner Mütter gehen übrigens Meinungen von Vergleichsverhandlungen zwischen Mollte und Garben, die sich hinter den Kulissen abgepielt haben sollen. Die handelsfreundliche Presse hat den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob die Verhandlungen von dem Grafen Mollte ausgegangen wären. Demgegenüber stellt die Nation a. a. O. ausdrücklich fest, daß Graf Mollte und seine Verteidiger keine Schritte getan haben, um einen Vergleich herbeizuführen, im Gegenteil, sie haben alle an sie herangetretenen Vorschläge als unannehmbar abgelehnt. Dagegen sind allerdings sowohl von Seiten des Herrn Garben wie seiner Freunde wiederholt Versuche in dieser Richtung gemacht worden. Die vorhandenen Berichte lassen darüber gar keinen Zweifel aufkommen. Die Scherl-Broschüre behauptet, zwischen Mollte und Garben sei dies tief in die Nacht zum letzten Sonntag hinein verhandelt worden, um einen Ausgleich zustande zu bringen, und die Bemerkungen waren schließlich in einem Verlangen überwiegender formaler Natur gescheitert, an dem der Nebenkläger festhielt. Die Schwierigkeiten dieses Punktes dürften indessen kaum unüberwindlich sein. — Die Strafsache Garbens scheint also unmittelbar nach dem Scheitern der Vergleichsverhandlungen eine gefährlichere Wendung genommen zu haben.

Dabei sei daran erinnert, daß Garben in der ersten Verhandlung pathetisch erklärte: „Auf dieser Erde gibt es keinen Vergleich zwischen Mollte und mir!“

Abgelehnt. Offiziell wird gemeldet: Mit der Führung des 7. Armeekorps ist an Stelle des Generals der Kavallerie, Freiherrn von Biffing, der bisherige Kommandeur der 7. Division in Magdeburg, Generalleutnant von Bernhardt, beauftragt worden.

Es sei daran erinnert, daß Herr v. Biffing unlängst in einem Todesbefehl mitteilte, er werde am 1. Januar 1908 sein Abschiedsgeld einreichen, weil Wilhelm II. ihn für zu alt für seinen Posten hielt. Wenn jetzt schon ein Kommandowechsel stattgefunden hat, so ist der General also gegen seinen Willen bereits früher verabschiedet worden und er hat nicht nötig gehabt, erst ein Abschiedsgeld einzureichen. Strafe muß sein, das gilt selbst für einen kommandierenden General.

Staatsminister der Kaiserbetonen. Durch die bürgerliche Presse ist zuweilen die Mitteilung, daß Genosse Wibel seit einigen Monaten an seinen Meinungen arbeite. Die Straßburger der staatsbehaltenden Zeitungen versehen die Weltung mit mehr oder weniger getreulichem Glauben, die aber alle das gemein haben, daß sie von einer sträflichen Unkenntnis der sozialdemokratischen Bewegung und der Rolle die Genosse Wibel in ihr einnimmt, strotzen. Der Vogel schießt aber der die Delle ab dieser Vorläufer für Jugend Sitte und Pro-motuer. Der edle Anwesenheitswärter schreibt in der Deutschen

Zeitung als Unberührt die Werbung von dem Meinungswechsel: Aus dem Leben eines Saugens. Nichts das soll getreulich sein. Herr Certeil will zeigen, daß es auch einmal etwas von Eichenort gehört hat. Sollte Herr Certeil einmal auf den Gedanken kommen, seinen arbeitsreichen Rumoren Meinungen zu zerlegen, so empfehlen wir ihm die Lieberpflicht: Aus dem Leben eines Miß- und Schmeichlers.

Nicht unbedeutend soll bleiben, daß viele der Saltsche Zeitung, das Organ des Anstands und frommer Jugend und Sitte, den Detektivischen Blick mit schmeichlerischem Schmaug abruddelt.

Sozialdemokraten mögen verhungern. Ein Malermeister in dem oberfränkischen Orte Schönmühl empfiehlt den Anrainern und Bauern, den Sozialdemokraten keine — Karolinen mehr zu verkaufen, denn dann müßten sie verhungern, und aus wem es dann mit der Sozialdemokratie.

Warum sagt der Reichsverband dieses Genie beim Anstreichen von Zentralfäden verflümmelt? Davor mit ihm, der Mann hat Ideale im Leib!

„Stummus Werk.“ Der Saarbrücker Handelsministerpräsident Dr. W. Zille hat die Reden des verstorbenen Parlamentarier und Großindustriellen Freiherrn v. Stumm gesammelt und bedauerlich gemacht. Erweitert ist der erste Band des zwischen Werkes herausgegebenen, das 13 — in Buchhänden ausst — Bände (Preis: nur 7 Mark) umfasst. Der Berliner Verlag von Otto Elsner wird scheinbar auf eigene Gefahr diesen Wut auf den Büchermarkt gewagt haben; denn für den Buchhandel ist das Werk so gut wie wertlos. Wer wird sich hineinlesen und gewiß Bände Stummischer Reden nachlesen, die nicht lediglich deshalb beachtet wurden, weil König Stumm, der Repräsentant der mächtigen Großindustriellen-Sippe, sie hielt!

Schulmannsaussagen. In Dortmund kam der Student Brinmann nachts von einer Geburtstagsfeier über den Körnerplatz und sah, wie ein Mann von zwei Schulleuten angehalten wurde und zur Wache geführt werden sollte. Brinmann, der die Preisnahme des Arbeiters für ungerechtigt hielt, mischte sich hinein und wurde deswegen ebenfalls abgeführt. Auf dem Wege zur Wache will der Student von dem Schulmann Willh. beleidigt und auf der Polizeistation blutig misshandelt worden sein. Derzeit hat sich der genannte Schulmann vor der Staatsanwaltschaft in Dortmund zu verantworten. Er bestritt, von einer Anzahl Kollegen unterstützt, sowohl die Verleumdung wie die Mißhandlung, wobei sich herausstellte, daß die Aussagen der Schulleute mit denen einer ganzen Reihe von einwandfreien Zeugen in scharfem Widerspruch standen.

Weiter wurde festgestellt, daß die Verhaftung des Arbeiters nur deshalb erfolgt war, weil dieser in der warmen Sommer-nacht seinen Rock ausgezogen hatte und mit Hemdärmeln über die Straße ging. Auf die Bemerkung des Vorstehenden, dieses sei doch kein Grund einen Mann zu verhaften, da wieder ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, noch sonst eine strafbare Handlung vorgelegen habe, erklärte der Schulmann Zacharias: „Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß der Mann sich doch fälschlich für den Preis der Genossen besah auf der Straße.“

Die drei Schulleute, die drei Schulleute, die zum ersten der Angeklagten ausliefen, nicht zu verzeihen, da sie der Begünstigung bringend verächtlich seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten 14 Tagen. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und eine Wode. In dem Urteil hieß es, daß die Schulleute keinen Glauben verdienen, der Gerichtshof habe die Überzeugung gewonnen, ihre Aussagen seien getragen von der Absicht, den Angeklagten der Strafe zu entziehen. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, sind einige der Schulleute bereits in einer Sache vor dem Schöffengericht wegen Unlauterkeit nicht bereidigt worden.

Faule Eier und finkender Sauerfrucht. Im Juli d. J. veröffentlichte unser Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, einen Artikel, in welchem Klage geführt wurde über die Unannehmlichkeit der Landwirtschaft des Inf.-Reg. Nr. 65 und ihre gänzlich unzureichende Verpflegung. Das Essen wurde von da ab bei den 65ern besser, aber der verarmte Soldat, Genosse Hilde, kam am letzten Freitag wegen Verlesung am neuen Hauptplatze vor Gericht. Eine Reihe gewesener Landwehrlente bezeugten die Angaben des Angeklagten. Die Eier waren faul, die Truppen sahen aus wie alter Fleischer, die Linsen wie der Inhalt einer Kloake, das Sauerfrucht noch nach dem Abstritt. Selbst ein Major sagte aus: „Die Eier kosteten 8 Pf.; frisch konnten sie nicht sein!“

Nach Vernehmung der Weisenaufnahme ergriff der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Spelmann das Wort, um längere Ausführungen über die unzulässige Tendenz des Angeklagten zu machen. Dann fuhr er fort:

„Bei solcher Tendenz sei es die ernste Pflicht des Strafrichters, streng vorzugehen. Das Vorgehen des Angeklagten sei ein Mitleiden an den Grundbesitz des Staates, und dieser Wille des Angeklagten sei zu bestrafen. Er beantragte drei Monate Gefängnis.“

Somit kam es nun allerdings nicht; aber der Angeklagte wurde schließlich wegen faulen Bierumrums und fälschlich verpackter Sauerfruchtverlesung zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt. Denn faule Eier und verpacktes Sauerfrucht sind nach dem Staatsanwalte die Grundbesitz, auf denen der preussische Staat ruht, § 175 in der Kaiserne. Eine merkwürdige Sache beschäufte dieser Tage das Kreisgericht der 18. Division in Altona. Der Unteroffizier J. vom 15. Infanterie-Regiment (Wandbe), der sich bis zum Jahre 1911 zum Armeekorps verpflichtet hatte, ist auf die Tierarzneischule in Magdeburg entsandt worden, wurde aber in die Front zurückgeführt, weil er nicht veridig gemacht hatte, gegen den § 175 verstoßen zu haben. Er wurde trotzdem für würdig erachtet, in der Front (1) weiterzudienen. Diese Zurückführung „paßte“ W. nicht, der eines Tages aus der Kaiserne verabschiedet, um mit einem homogenen Lagerarbeiter „freundlichen“ Verkehr zu pflegen. Der Weibler ließ dem flüchtigen Unteroffizier auf einer Reise nach Berlin Geld, und als er dies zurück haben wollte, gerieten beide auf offene Straße in einen Wortwechsel mit nachfolgender Beileger. Beide gerieten in Conf. Das Kriegsgericht beurteilte den Angeklagten wegen Fahnenflucht zu sechs Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Soldatenklasse.

Ausland.

Österreich. Zu künftigen Sänen ist es am Nothtag wieder einmal im Abgeordnetenhaus gekommen. Die Ständemänner waren diesmal die ruffischen Abgeordneten, die wegen der Vorgänge an der Lemberger Universität, wo polnische und ruffische Studenten aneinander getreten waren, ein Dringliches mitrag eingebracht hatten. Es gab wieder das bekannte Pfeif- und Puffelkonzert, bis es schließlich zu Tätlichkeiten kam. Die Sitzung mußte eine Zeitlang unterbrochen werden.

Gegen das preussische Polen-Entschuldigungs-gesetz. Eine in Tarano (Gastien) abgehaltene Vertauensmänner-Versammlung der polnischen Volkspartei

Belob, gegen die von der preussischen Regierung geplanten Maßnahmen gegen die Polen energisch Protest zu erheben, die politischen Arbeiter aufzufordern, deutsche Gegenstände in Zukunft zu meiden und gegen Breiten alle nur möglichen wirtschaftlichen Repressivmaßnahmen in Anwendung zu bringen. Aufgeboten werden die politischen Abgeordneten aufgefordert, im Parlament gegen den Treubruch vorzugehen.

Ungarn. Der Staat als Vermittler von Lohn- und Lohn. Die schon mitgeteilt, hat die ungarische Regierung — und zwar das Arbeitsministerium — Vermittlungsstellen für die aus Amerika heimkehrenden Ungarn eingerichtet. Die voraus zu sehen war, bemühen sich diese Vermittlungsstellen, der Industrie, namentlich aber der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu den niedrigsten Löhnen zuzuführen. So werden z. B. für die Donau-Schiffahrtsgesellschaft 288 Arbeiter gesucht für Löhne zwischen 3 Kronen und 1,10 Kronen. Dabei soll der betreffende Arbeiter des Antrags selbst auf diesen Lohn versichert gehen, wenn seine Leistungen als unzulänglich betrachtet werden. Zu einem Anlaufbau werden 300 Arbeiter gesucht in der Wehrzahl zum Tagelohn von 1 Krone (1 Krone ist 80 Pfg.). Schneidergesellen auf Bodenlöchern von 6, 8 und 10 Kr. gesucht. Und dies alles wird durch die staatlichen Arbeitsnachwehstellen vermittelt.

Es fragt sich aber, ob die Internehermer an den aus Amerika heimkehrenden auf die Dauer ihre ungenügende Freude erleben werden. Diese Ungläublichen, die ehemals Rot und Glend lieben Meer getrieben und die jetzt aus denselben Gründen ihr neues Vaterland wieder verlassen, haben in der neuen Welt den Hauch der Freiheit verpirbt und zum großen Teil — so schließt es ihnen auch gegangen sein mag — auf einem etwas höheren Lebensniveau gestanden.

Frankreich. Korruption der Presse. Die Humanität führt seit einigen Tagen einen energischen Kampf gegen die *Matin*. Ein Pariser Revolverblatt großen Stils, zugleich und noch mehr gegen die Regierung, welche die Expropiationsgesetze dieses Blattes duldet. Die Redaktion des Blattes antichambrieren bei den Ministern, fordern Interviews, veröffentlichen in ihrem Blatte wichtige Dokumente usw. Die Humanität teilt mit, daß der *Matin* der Regierung noch die Summe von rund 600 Frank schuldig, die diese nicht einzutreiben wage. Diese Schuld rührt von einer Mission her, die ein Agent des *Matin* im Jahre 1900 nach dem Innern Afrikas unternahm. Das genannte Blatt hatte sich dazu angeboten, eine Expedition auf seine Kosten auszurüsten, die an Ort und Stelle die Möglichkeit einer transsaharischen Eisenbahn untersuchen sollte. Die Herausgeber waren dann aber so großmütig, die obige Summe als Voranschlag von der Regierung entgegenzunehmen. Die Summe ist heute noch nicht zurückgezahlt.

Die Humanität stellt übrigens fest, daß der damalige Direktor des *Matin* an einer Gesellschaft beteiligt war, die ein General-Schweinefleisch ausbeuteten und Bahren bauen wollte. In dem Blatte wurde die Sache natürlich unter der für die schwebenden Geldgeschäfte wohlbeliebten Schutzmärke „Patriotismus“ beschrieben. Es war zur Zeit des Konfliktes mit England und der *Matin* trat für die Erlaubnis einer französischen Eisenbahn nach Algerien quer durch die Sahara nach französisch Westafrika ein.

Der Oberste Rechnungshof hat schon wiederholt auf die Rückzahlung der Summe gedrungen, aber vergebens. Es ist, wie die Humanität mitteilen will, sogar versucht worden, den Hofen an anderer Stelle des Kolonialrats mit unterzubringen. Auch den jetzigen Kolonialminister Herrn Willibald-Racoz hat der *Matin* bisher in der heftigsten Weise angegriffen. Nachdem der Herausgeber kürzlich zum Minister empfangen wurde, haben die Angriffe gegen denselben aufgehört. Die Humanität stellt weitere Empfehlungen in Aussicht.

Schweden. Zwei sozialdemokratische Reichstagswahlen. Am Freitag fand in Stockholm und in Göteborg je eine Ergänzungswahl zur zweiten Kammer des Reichstages statt und beide endeten mit einem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten. In Stockholm 5. Wahlkreis, bisher vertreten durch den linksliberalen David Bergström, dem dem Ministerium Staats angehörte, jetzt aber Generalkonful in Bellingrode gemorden ist, wurde Genosse Stunt Tengbom mit 3042 Stimmen gegen den antisozialistischen Wismanskanbident Eder gewählt.

In Göteborg wurde an Stelle des verstorbenen liberalen Reichstagsabgeordneten Segerdahl Genosse Lindblad, Redakteur der *Ny Tid*, gewählt und zwar mit 3936 Stimmen, gegen 3517, die der konservative und 2471 Stimmen, die der liberale Gegenkandidat erhielt. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in der zweiten Kammer wird durch diese Wahlen auf 18 erhöht.

Russen. Revolution in Persien. Da der Schah das Parlament zu Sprengen beabsichtigt und eine Anzahl Minister hat verhaften lassen, um ein Ministerium eigener Wahl einzusetzen, so ist die ganze Bevölkerung Zehrans auf den Weinen, um das Parlament zu bejähigen. Für den Fall eines Staatsstreiches des Schahs werden die fremden Gesandtschaften, vor allem die deutsche und englische, den Parlamentsmitgliedern Asyl gewähren. Der Schah steht vollständig unter dem Einflusse Rußlands. Es wird bereits der Beginn von Stützpunkten gemeldet.

Afrika. An der algerisch-marokkanischen Grenze hat ein Gefecht stattgefunden, in dem die Franzosen zwölf Verwundete hatten. Die Verluste der Marokkaner sind noch nicht bekannt. Das Gefecht endete mit der Einnahme der von den Marokkanern besetzten Position bei *Kin-Dja*.

Zur Revolution in Rußland.

Nachklänge der „Freiheitstage“. Am 11. Dezember gelangte vor dem Moskauer Appellhof der Prozeß des Rebakteurs und Herausgebers des sozialdemokratischen Blattes *Soriba* (Der Kampf), S. Stirnunt, zur Verhandlung. Das Blatt wurde vom 10. bis zum 18. Dezember 1905 in Moskau herausgegeben, und die inkrimierten Artikel behandeln in der damals üblichen Form Fragen des Programms und der Taktik der Sozialdemokratie. Nach Sicherung des Blattes wurde der Herausgeber unter Anklage des Hochverrats gestellt, und am 22. Nov. 1905 zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Das Urteil wurde vom Senat bestätigt, und der Prozeß an ein anderes Gericht verweisen. Jedoch auch dieses sollte das drakonische Urteil — drei Jahre Festungshaft.

Abgeordneter-Immunität. Dem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Duma, Gen. Kossorotow, der dieser Tage in seinem Wahlkreis die Vorelectionen aufsuchte, wurde von der Polizei angeschlossen: „Sie sollen sich auf der Fahrt nicht herumtreiben, sich mit den Arbeitern nicht allzuweit unterhalten, und möglichst bald den Ort verlassen!“ Gen. Kossorotow verließ Moskau, von zwei Polizeikommissaren und sechs berittenen Schutzeinheiten eskortiert.

Gewerbegericht Halle.

Vorsitzender: Stadtrat Kurth. **Beisitzer:** Kneipenmeister Krahl, Poleier Kappel, Töpfer Starke und Wöhrer Michalle.

Mit einem Vergleich endete die Klage des Töpfers Prinz gegen den Töpfermeister Kneipisch, wofür wir bereits berichteten. Der Kläger hatte durch einen Angestellten den Auftrag erhalten, für den Chef bei der Firma Schwarz in Gisleben Arbeiten zu verrichten. Später wurde dem Kläger gesagt, er solle sich die Arbeiten bei Schwarz in Gisleben bezahlen lassen. Darauf ließ sich Prinz nicht ein. Er arbeitete drei Tage, verlangte für Haut, Auslösung und Lohn 34 Mk. Die Parteien einigten sich dahingehend, daß Beklagter dem Kläger 22 Mk. zahlt, die Kosten trägt und Prinz seine Klage zurücknimmt.

Wegen unrechtmäßiger Entlassung klagte der Stellener Poppe gegen den Gastwirt Kolbe. Kläger verlangte 22,50 Mk. Eines Abends war Poppe mit Frau Kolbe in Differenzen geraten, weil letztere zu erkrankt gelangt hatte, er machte Zimmerelement und wuscherte mit dem Buffet zuzuhelfen. Poppe, der verheiratet ist, fühlte sich durch die Redewendung beleidigt und sagte: Frau Kolbe, haben Sie bei der Wahrheit und lägen Sie nicht. In dieser Redewendung erblickte Kolbe einen Grund zur Entlassung. Beklagter behauptete ferner, Kläger habe keine Frau Hägnerin genannt und gesagt, Frau Kolbe solle den Schaden halten. Jenes Buffetmädchen soll gesagt haben, es könne sich vor Poppes Nebenwärtigkeit gar nicht retten. Als Jenzin bekundet das als Unfalschfäulnis, daß von alledem nichts wahr ist; Kläger habe bei der Differenz nur gesagt: Frau Kolbe, bleiben Sie bei der Wahrheit und lägen Sie nicht. Wärschäft worden sei sie von dem Kläger nicht. Der Beklagte wurde darauf verurteilt, dem Kläger den getrotzten Betrag von 22,50 Mark zu zahlen.

Wegen Nichterfüllung in die ihm verprochene Arbeit klagte der Kesselreiniger Bach gegen den Kesselreiniger Schbler. Kläger verlangte 20 Mark Lohn für vier Tage, da er engagiert gewesen sei, auf der Grube in Rüdorf Kessel zu klopfen. Als er arbeiten wollte, wurde der Kessel noch zu warm und mit Wasser gefüllt gemessen. Kläger habe dann ausziehen müssen. Da Kläger, wie einige Zeugen bekundeten, sich aber in Gemeinschaft der andern Arbeiter mit dem Aussehen einverstanden erklärt habe und das Auslegen nicht auf Verhalten des Beklagten zurückzuführen war, erfolgte die Abweisung der Forderung.

Wenn Weihnachtsbäume antommen; dem sollte der Gehaltsarbeiter Schah bei dem Handelmann Wösch wieder Beschäftigung erhalten, so hatte man vornehmlich. Stahl medelte sich wiederholt zur Arbeit, da aber die Bäume auf der Bahn nicht eingetroffen waren, konnte er sie aus der Zone nicht ausladen. Stahl verlangte drei Mark Entschädigung; er wurde mit seiner Forderung aber abgewiesen, da er nur bedingt engagiert war.

Für unaufrichtig erklärte sich das Gericht zur Aburteilung in der Klage des Angeneurs Schönbach gegen die Firma Kutter u. Straube, weil sich die gewerbliche Wiederholung der Firma in Waldhof befindet. Der Angeneur verlangt ein neues Zeugnis, da das ihm zugewiesene den Status enthält; müßten im Hause des Restaurateurs anhalten. Die Zeugen verurteilten; er mußte aber in der Zeugenvernehmung erlassen werden. Daß der Kläger wegen Notwendigkeit entlassen werden ist richtig. Der Verneer im Zeugnis ist aber nach der Gemeinordnung unzulässig. Dies wurde dem Vertreter der Firma, obwohl die Sache vor dem Gewerbegericht nicht geschlichtet werden konnte, mit auf dem Weg gegeben.

Gerichtssaal.

Strakammer.

Halle a. S., 16. Dezember 1907.

Ein trübes Familienbild entrollte eine Weinhandlung heilige Baumtanzmehrfrau, einem schon beschuldigten Restaurateur und ein in jugendlichen Verwirrung erkrankte, erkrankt von hier. Die Baumtanzmehrfrau, die mit ihrem Mann bis vor einigen Jahren in guter Ehe gelebt und zehn Kinder gezeugt hat, von denen drei am Leben sind, besamerte, daß ihr Mann mit der Restaurateurstau im innigen Verkehr ist. Seit zwei Jahren lebe sie von ihrem Mann getrennt, der sich meistens im Hause des Restaurateurs anhalte. Die Frau nimmt an, ihr Mann werde von der Familie des Restaurateurs ausgeplündert. Eines Tages erschien sie in dem Gartenlokal und rief der Restaurateurstau, mit dem Bemerkung, sie habe ihre Ehe gelöst, eine heiligende Menschenart. Dann verließ sie ihrer Begier mit einem Tadeln einen Sohn in die Ehe. Schicksal führen sich die beiden Frauen in die Dazwischenmehrfrau und nachher geschah. Dabei machte die Frau allerdings ihrem Herzen durch ein Schimpfwort Luft. Es waren nun wegen Körperverletzung und Verleumdung angeklagt die Baumtanzmehrfrau, der Gastwirt und dessen künftiger Schwiegermutter. Bei der Frau wurde festgestellt, daß sie sich in der Erregung nicht beherrschen konnte, und deshalb gerichte auf eine Geldstrafe von 15 Mark erkannt. Das Verhalten der beiden Männer, und besonders der Lebensall gegen die Frau auf der Strafe, wurde als außerordentlich hoch bezeichnet. Der Gastwirt wurde zu 20 Mk. und der Lokomotivbeizer zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Wegen Verleumdung und Mißhandlung wurde ein jugendlicher Arbeiter zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in früherer Wagnahme einen politischen Leppen genannt und sich dann widerpeniglich geäußert.

Der Körperverletzung beschuldigt wurde ein 18-jähriger Wirtschaftsgeldliche von Neumärkten bei Zeitz am Berge, der gegenmäßig bei dem 2. Mannenregiment Nr. 18 in Zeitz diente. Der Angeklagte war am 21. September mit einem Aufsteher in Streit geraten und soll letzterem einen heiligen Faustschlag auf den Kopf verleiht haben. Er behauptete, der Aufsteher hätte ihm erst „dumm Jung“ genannt und gezeigt. Beantwortet wurde eine Woge Geisung. Das Urteil lautete auf zehn Mark Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

Waldau. Wenn die Gen darmen im Auftrage ihrer vorerregten Behörde handelten, so kann man nicht von Vernehrung reden. Im übrigen ist die Sache abgelehnt, da es schwer fallen würde, den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Wassendorf. Die Namen der Berichterstatter werden aus besonderen Gründen nicht veröffentlicht.

Wittenberg. Fröhliche Rats kommt noch.

QUITUNG.

Halle a. S. Für Parteizwecke: Von A. L. 2 — Mark für ein Referat.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopold in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Gust. Uhlig,

Halle, untere Leipzigerstrasse

Größtes Lager der Provinz Sachsen in Musikinstrumenten jeder Art.

Beste u. billigste Bezugsquelle von Musikwerken

Wirklich praktische Musik-Instrumente für Jung und Alt

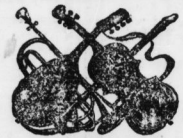
ohne Notenkenntnis sofort oder in kürzester Zeit spielbar sind meine neuerbesserten



Neuhelt „Piston“
f. Jederm. sofort spielbar.



Echtes italienische Ocarinas sofort spielbar.



Kinder-Geigen 1,50, 2 und 3 Mk.
Schul-Geigen 5, 6, 8, 10 Mk.
Bessere Geigen von 10 bis 100 Mk.
Mandolinen 6, 8, 10 bis 50 Mk.
Konzert-Zithern in grosser Auswahl am Lager.

rein abgestimmten Mund-Harmonikas u. Zieh-Harmonikas jeder Art.

Piston-, Trompeten-, Blas-Accordions Signalhörner, Tommen-, Flöten, echt italienische Ocarinas, Konzertinas und Bandonions, Acol-, Reform- und Menzhaer-Accord-Zithern in jeder Preislage.

Billigste und beste Bezugsquelle Gust. Uhlig, Halle a. S., untere Leipzigerstr.

Gegründet 1859.

Reich illustrierten Preis-Courant versende gratis und kostenlos.

Gegründet 1859.



Phonographen und echten Grammophon jeder existierenden Art.



Neu erdachten „Hymnophon“
Bestes Musikwerk.
Edison-Hörapparat-Walzen und Schallplatten eingeführt.
Konzertnadeln per 100 Stück 20 Pfg.

Gewerkschaftliches.

Verzweigung. Die Metallarbeiterzeitung schreibt: Die anwachsende Mitgliederzahl im Gewerkschaftsverband der Maschinenbau- und Metallarbeiter treibt seine Führer zu den verwegenen Streichen. Da sie den Rückgang des Gewerkschafts nicht absehen können, werden sie die höchsten Stellenfunktionen über den Deutschen Metallarbeiter-Verband einzusetzen wollen. Sie aus Zahlungen an die Generalkommission benehmen, das keine Mitgliederzahl geringer sei als die mittlere. In der Nr. 49 des Regulator — auch die Mitteldeutsche Volkszeitung in Wiesbaden — brachte diese Notiz — wird den Lesern vorgeworfen, der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe im August 124 000 Mitglieder weniger als 380 000 gehabt. Wie das „beim“ wird? Aus der Zahl der Delegierten zum Internationalen Kongress in Stuttgart und der durchschnittlichen Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Jahre 1906. Der Regulator schreibt:

Die Rechnung ist nun ganz einfach: Auf 1 680 709 Mitglieder entfallen 150 Delegierte, 1 680 700 geteilt durch 150 gibt 11 204. Auf 11 204 Mitglieder kommt ein Delegierter. Der Metallarbeiter-Verband hatte (ohne den geschickten) 21 Delegierte. 21 mal 11 204 gibt sonach für den Metallarbeiter-Verband, nach dem Namen Niese, 236 544 Mitglieder. Nach seiner eigenen Rechnung hätte im August der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht 380 000 Mitglieder, sondern nur 236 000 Mitglieder. Also die Kleinigkeit von 124 000 Mitgliedern weniger.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat nun dem Regulator am 5. Dezember folgende Verichtigung überliefert:

Die in Nr. 49 des Regulator vom 6. Dezember 1907 auf Seite 302 enthaltene Notiz: „Zur Mitgliederzahl im Deutschen Metallarbeiter-Verband“ entspricht nicht den Tatsachen. Denn nicht die Mitgliederzahl der Gewerkschaften des Jahres 1906 war für die Wahl der 150 Delegierten maßgebend, sondern die des Jahres 1905, die im Jahresdurchschnitt 1 344 803 betrug, worunter 233 323 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. (Korrespondenzblatt der Generalkommission Nr. 31 vom 4. August 1906.) Es war aber auch von den Gewerkschaftsvorständen beschlossen worden, daß die Gesamtmitgliederzahl nicht einfach durch 150 zu teilen sei und auf jeden Bruchteil ein Delegierter treffen solle, sondern daß zunächst jede Gewerkschaft mit weniger als 10 000 Mitgliedern einen Delegierten zu erhalten hat. Derartige Gewerkschaften kamen 38 in Betracht. Der Generalkommission wurden zwei Vertreter zugeweiht, so daß 110 Delegierte auf die härteren 25 Gewerkschaften entfielen, die zusammen 1 216 888 Mitglieder im Jahresdurchschnitt hatten. Auf Grund des erwähnten Beschlusses der Gewerkschaftsvorstände wurde von der Generalkommission am 29. November 1906 ein Verteilungsplan verfaßt, in dem der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit 237 525 Mitgliedern und 21 zu wählenden Delegierten aufgeführt war. Nach Leistung dieser Mitgliederzahl durch 21 verbleibt ein Ueberschuß von 5202, weshalb dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein 22. Delegierter zugewiesen wurde. Danach sind die in Nr. 49 des Regulator gezogenen Schlussfolgerungen alle unrichtig.“

Schon aus dieser Verichtigung kann jeder den gemeinen Schwund erkennen, den der Regulator wider besseres Wissen verübt. Daß der Regulator bewußt schwindet, dafür sind auch noch die in unserem Verband im Jahre 1906 befindlichen Beiträge die schlagende Beweis. Nach dem Jahresbericht (Nr. 10 vom 31. April 1907) betrug die Zahl der bezahlten Beiträge 14 896 433. Dividiert man diese Zahl mit der runden Zahl von 286 000, so müßte ein Mitglied unseres Verbandes im vorigen Jahre nicht weniger als 62 (zweihundsechzig!) Beiträge bezahlt haben.

Auf eine so schwindelhafte und läugerische Taktik, wie sie der Regulator betreibt, kann nur der verfallen, der eine schlechte Sache vertritt. Wie lange wohl die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins diesem Treiben noch zusehen werden?!

Aus dem Reiche.

Fortk. (Wien). Eine Verzweigung ist. Im Weissen feuer vier Kinder, von denen das älteste 8 Jahre alt ist, hat sich der Weber Paul Leopold, ein 29jähriger Mann, in seiner Wohnung erhängt. I. sagte seinen Kindern „Gute Nacht!“, legte sich einen Strick um den Hals und knipfte sich am Bettvorhang auf. Die Kinder wußten nicht, was der Vater tat. I. war ohrenschleichend. Eine ihm ausgeübte Invalidentherapie wurde ihm jetzt wieder entzogen. I. wurde von der Mann arbeitslos. Aus Gram machte er seinem Leben ein Ende.

Frankfurt a. M. Raufbolde. In der Nacht vom Sonntagabend zum Sonntagmorgen lag in Bodenheim zwischen drei Führern und einer Anzahl junger Leute zu einem Stragenkampf, bei welchem mit Messern getötet und mit Revolver geschossen wurde. Der 36 Jahre alte Fuhrmann Vorderer erhielt acht Schunden und vier Halswunden. Der 27jährige Fuhrmann Anton Strauch wurde erheblich verletzt. Der 27jährige Fuhrmann wurde verhaftet.

Hän. (Athen) Auf einen Erbkinderträger. Der Erbkinderträger wußte, daß er im Jahre 1907 in einem Raub der Drüsenorgane von einem Menschen mit einer Flaide auf den Kopf geschlagen worden, so daß der Leberfalle zu Boden führte. Der Täter beachtete wahrlich einen Raub, der jedoch misslingt, da er durch hinzuwandelnde Personen festgehalten und von der Polizei verhaftet wurde. Der Erbkinderträger wußte nicht unbedingt, verließ, da seine Kopfhaut vernagt werden mußte.

Vermischtes.

*** Cyper des Meeres.** Bei Biarritz, an der französischen Küste, ist ein schwedischer Dampfer gesunken. Die fraglichen der Belegung wurden gerettet, drei ertranken. Von den Geretteten ist einer gestorben.

Der überfallige Dampfer Maria ist in Neuport eingetroffen. Er hatte schweren Sturm zu bestehen gehabt. Auch andere große Dampfer sind mit schweren Beschädigungen im Neuport Hafen eingelaufen.

*** Infolge eines Sturmes** kürzte am Montag in Nancy der Arbeitsdienst einer Schiffschiff ein. An 20 Arbeiter wurden verhaftet. Einer derselben wurde getötet. Seien Arbeiter wurden schwer verwundet.

*** Zeitungsangestellte.** Die Leipziger Neuesten Nachrichten vom vergangenen Sonntag hatten 72 Druckseiten, darunter 57 Seiten Inserate. — Unser Leipziger Parteiorgan, die Volkszeitung, hatte 36 Seiten, darunter 24 Seiten Inserate. — Auch die meisten übrigen Parteizeitungen wiesen am Sonntag zwischen 16 und 32 Seiten auf. Da eine Inseratenzeile in Leipzig jetzt 200 Mark kostet, so bringen die 57 Inseratenzeilen der Leipziger Neuesten Nachrichten über 11 000 Mark. — Auch unser Leipziger Parteiorgan hat für seine 24 Inseratenzeilen an einem Tage 4800 Mark Einnahme.

Die Nummer der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 200. Stamm, das ist für 3 Pf. Bayern, denn das Aljo Zeitungs-papier kostet jetzt 21—21½ Pf. Die Leipziger Volkszeitung, Nummer vom 135. Stamm, das ist für 3 Pf. Papier, wohlbe-mert und durchsichtig. Die Abonnenten bezahlen mit ihrem Abonnementgeld (L. R. monatlich 90 Pf., 2. R. 70 Pfennig) kaum oder nicht einmal den Wert des ungedruckten Papiers.

Eine solche Entmündung des Zeitungsbesitzers führt übrigens nachher zu vollem Unmuth. Denn daß in solchem Augenblicke das eigene Inserat, wenn es nicht eine ganz ausfallende Größe hat, vollständig verloren geht, liegt an der Hand. Es wäre interessant, einmal zu erfahren, wie viel Hunderte Millionen hier alljährlich im deutschen Reiche vertrieben werden. Der größte Teil dieser Millionen wird im Grunde genommen verschwendet, der Fehler liegt in der Wirtschaftser-nennung.

Versammlungsberichte.

Gewerkschaftsstellvert. Schreibeit. Sitzung vom 4. Dezember. Eingegangen war ein Schreiben der Leipziger Druckrentenlosse betreffend Jahresthemen. Genossin Lindenthal-Wandberg beab-sichtigt, hier am 8. d. M. zu referieren. Ein Antrag des Kos-mosinstituts wurde abgelehnt, da am 7. Januar schon ein Vor-trag stattfindet. Ueber die Wahlen wurde nicht weiter disku-tiert, doch wurde zu reger Agitation ermahnt. Zum Diskussions-punkt haben sich 53 Genossen gemeldet. Dem Unterricht erteilt Genossin Wittig. Die Kosten werden von der Leipziger Partei-Organisation der Arbeiterbewegung mit einer Kommission beraten. Die Verschmelzung der Volksblätter wurde abermals angeregt. Die aufgenommene Statistik zeigt folgendes Bild:

	Abgegeb. Zettel	Umsatz-quantität	Umsatz-ertrag	Umsatz-ertrag pro Zettel	Umsatz-ertrag pro Zettel
Mauer	173	109	121	62	38
Transportarbeiter	30	6	14	1	—
Mischnern	84	47	64	21	alle
Metalldreher	49	17	33	7	—
Zigarrenmacher	11	10	8	1	—
Maler	12	10	8	10	12
Buchdrucker	9	5	7	1	—
Holzarbeiter	94	48	60	7	2
Lehrer	21	8	15	—	—
Fabrikarbeiter*)	209	105	133	8	4
Bauarbeiter	77	49	56	16	1

*) Die Zahlen der Fabrikarbeiter sind nur ungenau angegeben worden.

Die Verhandlungen ergaben: 1. Vorsitzender Schradt, 2. Vorsitzen-der Sellmann; 1. Kassierer E. Maß, 2. Kass. Schuchardt; Schriftführer Fiedler und Duer; Revisoren Schwarze, Köhler, Böge; Weisbergschmitt, Schradt, Fiedler, Kasube; Herzbergschmitt W. Rabit und Schag; Bibliothekar Sellmann. Dem Vorsitzenden wurden 10, dem Kassierer 11, dem Schrift-führer 6 und den Revisoren 1 M. Entlohnung mit 10 Mark. Der Eintrittspreis für den Vortrag Sachalin wurde auf 15 Pf. festgelegt.

Sozialdemokratischer Verein Raumburg. Die am 11. Dez. abgehaltene Vereinsversammlung war so schwach besucht, daß nur die wichtigsten Sachen verhandelt wurden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Genossen König in üblicher Weise gelebt. Dann wurde auf Antrag des Vorstands, welcher von Genossen Sach eingehend be-trachtet wurde, beschlossen, im nächsten Vierteljahr an drei Sonntagsnachmittagen einen Anlauf von Vorträgen über Parteigeschichte halten zu lassen, wozu sich Genosse D a u m i g s Halle bereit erklärt hat. Als erster Tag ist der 5. Januar fest-gelegt. Das Nähere wird dann noch bekannt gegeben werden. Des weitern wurde Akten geführt, daß man jetzt so wenig von Raumburg im Volksblatt lese. Daraus wurde erwidert, daß zu viel Eingeladene von uns seien, in den Papierkorb gewandert seien, so daß man allezeit am Schreiben verliere. Seien doch wichtige Sachen eingeschickt worden, aber nicht veröffentlicht worden. Der Grund der Ablehnung sei unbekannt.

(14. 12.)
Anmerkung der Redaktion: Die Raumburger Genossen haben die allergeringste Kritik, sich über „Ausscheidung“ zu beschwe-ren. Wenn „man“ schon von den Papierkorb gewanderten Einblendungen reden will, dann soll „man“ Beispiele nennen. Die Antwort wird hierüber nicht veröffentlicht werden, wenn sie von solchen Personen kamen, die der Redaktion unbekannt waren, oder nicht vertrauensvoll genug erschienen.

Bauhilfsarbeiter, Reiz. Die Versammlung am 30. Novem-ber befaßte sich mit der Frage der Grenzfreizügigkeiten

stufenweise unsern Verband und dem der Transportarbeiter. Eine rege Aussprache fand darüber statt. Es wurde beschlossen, eine förmliche Sitzung der Vorstände aller in Betracht kommenden Organisationen abzuhalten und dabei die Grundzüge einer ver-festigten Statistik in Bezug auf die noch zu organisierenden Be-zugsfähigkeiten festzulegen. Ein weiterer Antrag der Ver-waltung, in den beizugestrichen Monaten 20 Pfennig pro Woche für den Lokalfonds zu heben. Der Vorsitzende führte aus, daß wir im nächsten Jahr in einen Kampf hineingetrieben werden, denn wenn wir die Bewegung beschließen, so zielen die Pläne der Kammer Richter, Reichlich mit der Vertiefung der Ar-beiterorganisationen hin. Der Kampf in Berlin beweist zur Genüge, was sie planen. Die Gelegenheit einer Generalaus-sprechung bietet sich ja schon im nächsten März, wo über 50 Karibeträge ablaufen. Im nun in diesem Kampfe auch für die Vermehrung der Armen etwas zu geben, etwas mehr die Not zu lindern, wollen wir auch im Winter nicht raufen, wir wollen rufen. Da die Versammlung schon beschluß gefaßt, wurde be-schlossen, diesen Punkt nochmals zur Beschlußfassung auf die nächste Tagesordnung zu setzen. O. H.

Bergarbeiter, Wiltshaus. Am 8. Dezember fand eine Berg-arbeiterversammlung statt, in welcher Kamerad Drä h n e s-Schönwälder über das neue An a p p l i s h a f i s h a f i s h referierte. Von der am nächsten Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Mitglieder protes-tieren gegen das neue Knappschaftsstatut, welches den Mit-gliedern des Halleischen Knappschaftsvereins in seiner Hinsicht entzieht!

In die Ortsverwaltung wurden gewählt: als 1. Vertrauens-mann Karl S a g l e, 2. Vertrauensmann Albin J e t t e l, Revisoren Hermann Neumann und Otto K ä m m l e r. In der Dis-kussion ermahnte Kamerad K ä m m l e r d e Kameraden, nicht isoliert Sonntagstagen und Abertunden zu verleben, damit der Arbeiterbewegung nicht ein kleiner Einfluß geloten werde. Auch müßte das System wegfallen, alle Tage mehr Wagen zu schaffen. Kamerad Müller schloß sich diesen Ausführungen an. Der Vorsitzende erinnerte die Kameraden nochmals an ihre Pflichten und schloß dann die Versammlung mit einem drei-maligen Glück aus. O. R.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Wien, 17. Dezember. Im Mittelpunkt der Stadt brach gestern abend im Gebäude des Landesverwaltungs-Ministeriums ein großer Brand aus. Es brannte in den Bodenkammern, wo die Arbeiter aufbewahrt wurden, die sämtlich vernichtet wurden. Die Arbeiter wurden in die Straßen in der Stadt umher. Es bestand große Gefahr für das gegenüberliegende Kunstmuseum. Das Feuer konnte aber noch rechtzeitig gelöscht werden.

Dresden, 17. Dezember. Der Kommerzienrat Gahn, der zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war und 2½ Jahre in Bautzen verhaftet hat, soll am 24. Dezember begnadigt werden. Gahn hat seine Titel und seine Dekorationen freiwillig abgelegt. Als er kirchlich beurlaubt war, hat er sich mit einer Berliner Millionärin verlobt. (Gahn war von seiner Frau getrennt.) Nach der Begnadigung soll Hochzeit sein, und Gahn wird ein Hotel in Berlin übernehmen.

Frankfurt, 17. Dezember. Nach der Frankf. Stg. werden vom 1. Januar 1908 bis ebenfalls zum 31. Dezember 1909 für den Transport von Steinbohlen auf den belgisch-preussischen Eisenbahnen und auf den Reichsbahnen die Frachttarife für Holzstoffe zur Anwendung gelangen.

Schiffpol, 17. Dezember. Auf dem Schwarzen Meer herrichte ein furchtbarer Orkan, durch den viele Schiffe beschädigt wurden.

Neuwahl, 17. Dezember. Auf der Grube F o l o n d e bei Wirmingham (Etat Alabama) sind 90 Bergarbeiter verhaftet worden. Nur 14 Mann konnten lebend aus der Grube geholt werden. Bis jetzt sind 50 Leichen geborgen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 17. Dezember. Der Gesundheitsaufseher Maximilian Harbans hat sich im Laufe des gestrigen Tages mit Gift gehehrt. Die Rippenfellentzündung, an der Harbans leidet, soll ihm sehr heftig Schmerzen, besonders auf der rechten Seite verursacht, speziell beim Atmen. Die Gefahr, daß die Krankheit möglicherweise weiter um sich greift, war gestern abend noch nicht behoben.

Dormund, 17. Dezember. Der zweimal zum Tode verurteilte Bergmann R u s c h o f f, dessen Hinrichtung beamtlich vor kurzem aufgehoben wurde, soll jetzt auf Anordnung des Oberlandesgerichts Hamm zur nochmaligen Beobachtung seines Gesetzzustandes in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Petersburg, 17. Dezember. Gestern wurde das gesamte Redaktions- und Expeditionspersonal der tabalsten Peters-burger Zeitung S e o d o n i a verhaftet, insgesamt 39 Personen, mit dem Chefredakteur an der Spitze. Außerdem besetzte die Polizei die Privatwohnungen aller Verhafteten und unter-warft aller dort einestreffenden Personen ebenfalls einer ein-gelassenen Untersuchung. Die Verhaftungen sind auf einen Fund revolutionärer Broschüren und Proklamationen zu-rückzuführen, die in der Druckerei der genannten Zeitung herge-stellt worden waren.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Salle: Metallarbeiter (Formen, Steinmacher und Gießer-arbeiter), Mittwoch, 18. Dezember.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopoldt in Halle.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Schenken Sie Ihrem Jungen ein Briefmarken-Album — Kaiser-Ausgabe
mit 3000 Abbildungen: mit hochfeinem Einband: mit 4000 Abbildungen u. Raum für 17 000 Marken:
3.00 Mk. 5.00 Mk. 8.00 Mk.
— Zu jedem Album der Kaiser-Ausgaben Welt-Briefmarken-Katalog gratis. —
Kleinere Ausgaben sind erschienen zu 2.00 und 1.00 Mk.
C. F. Ritter, Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Porzellan, Kristall, Steingut.
Lager und Verkaufsstelle der Leitfener Porzellan-Manufaktur.
Heinrich Baensch in **Gustav Becker,**
Marktplatz 23. Fernruf 622.

Weihnachts - Aufträge, die noch vor dem Feste erledigt werden sollen, erbitten umgehend.

Grösstes Sprechmaschinen - Specialgeschäft

Otto Jacob, sen.

Berlin, 43.

Deutschlands.

Vergessen Sie nicht, dass Sie zum Weihnachtsfeste eine 'Opera' haben müssen!

Der Besitz einer Mill-Opera ist die Grundbedingung für die Gemütlichkeit im Heim. Die Opera gewährt Ihnen die Annehmlichkeit, sich jederzeit durch die Wiedergabe des Gesanges unserer besten Künstler und Künstlerinnen zu erfreuen. Die Opera ist ausserdem das beste selbstspielende Musikwerk.

Niedrige Preise

Lieferung gegen Monats-

Raten

ohne einen Pfennig Aufschlag.

Die Mill-Opera ist die beste Concertmaschine der Welt! Interessante Kataloge u. Schallplatten-Verzeichnisse gratis und franko!



Original-Zeig-Schallplatten doppelseitig, zwei verschiedene Stücke auf einer Platte - p. Stück M. 3.

Mill-Opera Mod. II Größe 27 x 27 x 13 cm. Gehäuse modern grün poliert. Metallteile fein vernickelt. Farbiger Blumenschalltrichter 35 cm Schallöffnung. Concertschalldose.

PREIS mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten Mk. 49,50 - Monatsrate Mk. 9,-

Mill-Opera Mod. III. Größe 28 x 28 x 13 cm. Gehäuse modern grün poliert mit Goldzierleisten. Metallteile fein vernickelt. Farbiger Blumenschalltrichter 38 cm Schallöffnung. Concertschalldose. PREIS mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten Mk. 62,- (Mit Mill-Opera-Concertschalldose mehr Mk. 8,-). Monatsrate Mk. 4,-

Mill-Opera Mod. IV. Größe 31 x 31 x 15 cm. Gehäuse in echtem Eichenholz, poliert, mit farbigen Arabesken. Metallteile fein vernickelt. Farbiger Blumenschalltrichter 38 cm Schallöffnung. Mill-Opera-Concertschalldose. Große Lautstärke.

PREIS mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten Mk. 87,50. Monatsrate Mk. 5,-

Bestell-Zettel. Im Couvert einstecken. Hiermit bestelle ich bei der Firma Otto Jacob, sen. Berlin NO. 43:

I Mill-Opera Mod. _____ mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten

Die Begehung erfolgt durch Zahlung von Mk. _____ am 1. jeden Monats. Beim Empfang zeichne ich Mk. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10-20 pCt. der Gesamtsomme erwünscht.

Ort: _____ Datum: _____

Vor- u. Zuname: _____ Stand: _____ StraÙe u. Hausnummer: _____ Ga

Ein guter, schmackhafter Pfefferkuchen auf dem Weihnachtsfeste erhöht nicht nur die Weihnachtsfreude, sondern ist auch der Gesundheit dienlich. Einen solchen erhält man stets zu billigsten Preisen bei

Rob. Schirmer, Tornows Nachf., Honigkuchenfabrik. Leipzigerstr. 92. - Hausfelderstr. 43.

Volkspark. Mittwoch den 18. Dezember grosses Schlachtfest. Hierzu ladet freundlichst ein Die Verwaltung.

Abreiss-Kalender 1908 in verschiedenen Mustern. Preis 40 Pfg. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle, Barz 42.

Grösstes Lager in Violinen, echt Menzenhauer-Gitarren, Zithern, sowie Notenblätter, Schall- und Strochzithern, Sprech-Apparate, Zieh- u. Mandolinharmonikas, Trommeln empfiehlt in großer Auswahl Gr. Müller, Große Märterstr. 3. Fabrikation und Spezial-Wafl-Instrumenten Geschäft. Reparaturen billig und schnell.

Rebattmarken - Ausgabe des Allg. Konsumvereins Halle a. S., e. G. m. b. H. trotz der enorm billigen Preise. Spezial-Geschäft für Herren- u. Knaben-Garderoben, Arbeits- u. Berufskleidung. Julius Hammerschlag 96 Gr. Ulrichstr. 96, nahe d. Alten Promenade.

Weihnachts-Karten in großer Auswahl zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Barz 42/43

Honigkuchen 3 Mk. = 2 Mk. Rabatt. Nürnberger Lebkuchen von F. G. Metzger zu Fabrikpreisen. Baum - Konfekt Marzipan - Artikel Kaufkläden - Artikel in größter Auswahl kauft man am vorteilhaftesten nur im Spezialgeschäft von Woldemar Schmidt, Gr. Steinstraße 34 a, Schützenb., Bahnhofstraße 64. Berner empfiehlt Schokoladen, Kakao, ff. geröstete Kaffees (von Ernst Ochse), Tees (Spezialmarke Tokano), Gakos, Bonbonkugeln etc. Weine von Otto Struve, früher A. Stoll, Halle. Verkauf zu Originalpreisen. Mitglied des Rabatt - Spar - Vereins.

Raucht Eckstein-Zigaretten! Nr. 5 Diese rüchmigst beladene Zigarettenmarke wird auch nach Einföhrung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität u. Handarbeit hergestellt. Preis: 10 Stück 25 Pfg. Der enorme Konsum bestföht die Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen. Man verlange ausdrücklich: Eckstein's Nr. 5 und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma 'A. M. Eckstein & Söhne' nebst Schutzmarke trägt. (Über 1000 Arbeiter.) In Zigarettenhandlungen zu haben. Vertreter: Otto Kessler, Halle a. S., Beuelenerstr. 5, Fernsprecher 3113. Beuelenerstr. 5, Fernsprecher 3113.

Weihnachts-Geschenke! Solinger Stahl-Waren. Ziehweiser und Gabeln, Franzosenweiner, Schneid- u. Knopflochzähren, Zehnwägen, Nagelzähren, Gabeln und Scheren, Stütz-, Hammermesser, Streichmesser. Hermann Müller, Messerschmied und Dampf-Schleiferei, Gr. Steinstr. 1-2, nächst Kleinschmieden, Leipzigerstr. 18, gegenüb. C. F. Ritter. Billiger wie von Solinger Versandgeschäften.

Billig und gut kaufen Sie bei R. Ketscher, Halle, Sternstr. 11, gegründet 1886. Alle Arten Caschenuhren, Regulateure, Wand- und Weckeruhren, Chronometer, Eisenbahnen mit Uhrwerk, Dampfmaschinen, Externa majuska Uhrwerksmodell, Caschen- u. Glühlampen, Akkumulatoren und alle elektr. Bedarfsartikel.

Goldschmied bietet in Weihnachts-Geschenken nur das Beste zu anerkannt allerbilligsten Preisen. Eigene Fabrikation von Verlobungsringen. 5 Prozent Rabatt. Gr. Ulrichstr. 41, gegenüber Brummor & Benjamin. Umständig nach dem Best gefestnet.

Volkspark. Kräftiger Mittagstisch.

Schaffstiefel
à 7,50 8,50 9,50
Filzpantoffel
à 0,90 1,00 1,25
Damenstiefel
à 4,90 6,90 7,50
Herrenstiefel
à 4,90 6,50 7,50
Hans Sachs, Gr. Ulrichstr. 32.

Reibmaschinen



per Stück 1,45 Mk.
empfiehlt

Christian Glaser
Grosse Klausstr. 24.

Seifen- u. Blumengerüche,
prachtvolle Weihnachtspackungen von 50 Pf. an.
Schwanen-Drogerie,
Leipzigerstr., Ecke Poststr.
Mitgl. d. R.-Sp.-Ver.

Solide Familien
erhalten sämtliche Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe, Schürzen etc. in reeller Ware auf Zeichnung bei
Fr. Gronau, Barfüßerstrasse 16.

Wringmaschinen
Ersatzwalzen billigt
bet
Rudolf Lange
Amendorf.

Echte Solinger Stahlwaren
empfiehlt zu billigsten Preisen
Goldenes Gr. Ulrichschiffchen
C. Preuss, str. 37.

Uhren
jeder Art
bei bekannter Reellität.
C. Frantz
Burgstr. 60.

Weissenfels.
Gute Uhren und Goldwaren in grösster Auswahl läuft man am billigsten bei
Arnold Strietzel,
Klosterstrasse 4, nahe dem Markt.

Puppenwagen
Purpursportwagen
Korbstühle elegantes Fabrikat
Triumphstühle
Rinderstühle fest u. verstellbar
Puppen u. Spielwaren in alle Sorten
Wirtschafts- u. Luxuskörbe zu bekannt billigen Preisen empfiehl
B. Rolle,
Reifstr. 33.

Papier- u. Pappenabfälle
kaufen jeden Boden
H. Braunkötter, 20.

Zufallskauf!

Ca. 1200 Stück
moderne Damen-Täschchen
ganz bedeutend unter Preis.

Jedes Stück Mark **2.85.**

Regulärer Wert 3,75, 4,50 und höher.

Nur moderne Muster. Nie wiederkehrende Gelegenheit.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Dresdner Felsenkeller-Biere
behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen
guten Ruf!

Bekanntmachung!

Grosser Verkauf der vom Konkursverwalter erstandenen Waren aus

Konkursmassen,

Gelegenheitskäufen und aus Engrosgeschäften, Fabriken
herrührenden

Uhren, Gold- und Silberwaren.

Es kommen zum Verkauf: Taschenuhren in Gold und Silber usw., Herren-Uhren, 30 Stunden gehend, von 3 Mk. an. Echt silberne Herren- und Damen-Uhren von 9 Mk. an. Goldene Damen-Uhren von 15 Mk. an. Goldene Herren-Uhren mit Sprungdeckel, Ankerwerk, 15 Rubis, von 40 Mk. an. Goldene Herren-Repetier-Uhren, 585⁰⁰ gestempelt, mit Viertel-Schlagwerk, von 130 Mark an. 200 Stück Wanduhren, Wecker, Freischwinger. Grosse Auswahl in langen Damen-Uhrketten, Halsketten, Herren-Uhrketten, Kavali-Ketten, Broschen, Ringe, Ohrring, Ke tonarmbändern usw. Brillen, Brillen, Broschen usw. unter Preis. Trauringe von 1 Mk. das Stück an. Massiv gold. Trauringe in 8kt, 338, 14kt, 585, 18kt, 750 und Dukaten gold 950 gestempelt. Ein Posten goldene Ringe 338 gestempelt, von 1,25 Mk. an. Zu Festgeschenken geeignete Schalen, Tafelaufsätze, Kaffeesservice

Günstige Kaufgelegenheit geeigneter Geschenke.

Umtausch bereitwilligst.

Für jede Uhr 2 Jahre schriftliche, weitgehendste, reelle Garantie.

Eigene Reparatur-Werkstatt unter Leitung eines gepr. Uhrmachers.

A. Weiss, Halle a. S.,

Kleinschmieden Nr. 6, neben der Engel-Apotheko.

Allgemeiner Konsumverein Halle a. S.

E. G. m. b. H.

Neu! **Kala-** Neu!

Kern-Seife im Karton à 25 Pf.

ist das bevorzugte Waschmittel jeder Hausfrau!

Ferner wird als besonders preiswert und vorteilhaft empfohlen:

Salmiak-Terpentin-Seifenpulver

(Marke „Platte“)

in 1/4 Pfd - Paketen à 20 Pfennig.

Zu haben in allen Filialen!

Baum-Konfekt

fehlen billiges Angebot.
Baumkonfekt 1 3/8 80 gr 40 Pf.
Schaum 1 - 120 - 80
Bilderdamm 1 - 100 - 120
Erem-Schokol. 1 120 90
Fondant 1 - 100 - 120
Likör 1 - 180 - 140
gel. Likör 1 - 100 - 60
Kakao-Likör 1 - 240 - 200
H. Marzipan 1 - 240 - 140
Spezialfabrik
Königsr. 6 und
Rannschestr. 22.

OttoVoss

Achtung!
Billig zu verkaufen:
1 gr. Vollen Beantennmäntel,
St. Antiger- und Militärmäntel
von 5 Mk. an, getrag. und neue
Winterüber-, Asopfen, Pelze,
Käuzige, Hüten, Jagdwästen,
Handschuhe, Militär-Helme und
Bergschuhe, Filzschuhe, Holz-
schuhe, Stiefeln, neue Schwitz-
schuhe, best. Herrenschuhmacher
7,50 Mk. 1 Partie Weisfische,
Golz- u. Gaudlauer, Damen- u.
Herrenuhren, Ketten, Ringe,
Diamantier, Revolver, Garma-
nias, Seigen, Zithern, ital.
Wanduhren feinstg.
Hofmann, Leipzigerstr. 27,
am Zum. Eing. Ede Martinstr.

Waschgefäße
dauereh. 4 Zander, Gr. Klausstr. 12,
Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins

Weissenfels.
Allerbeste Süssrahm-Margarine
"Westfalen-Krone"
früher genannt
"Meyersche Unerreich"
empfiehlt Ww. Marie Zahn,
Werlebu gefr. 45.

H. Böhlerts Rossschlächterei
Glauchauerstr. 75
bietet an der Glauchaichen Kirche
empfehlte diese Woche in bekannter
Güte:
frische Fleisch- und Wurst-
waren.

Aepfel
in großer Auswahl billig in
Bönnern u. Körben (Korb von 1
Mk. an) zu verkaufen. Friedr.
Bergner, Brüderstr. 5, Dörfelstr.

Zeit.
Börsenkeller, Rahmstr. 1.
Empfehle mein Vokal alten
Genossen.
ff. Speisen und Getränke.
Um neuen Reich bitten
Gust. Köhne, i. G.
Zu verkaufen ein großer Bohlen
Spielmann zu jedem annehmba-
ren Preise.

Achtung Kollegen!
Wenn Stand mit Nüssen befindet
sich am roten Turm.
Heinrich Necke.

Schirm-Fabrik von
L. H. Werkmeister,
Leipzigerstr. 29
a. Zum - a. Zum.
Billigste Preise an Platz.
Grösste Auswahl.
6 Prozent Rabatt.



Ammendorf.

Bettfedern, Hausfrei, grau
à 50, 60, 80, 100 Pf.
weiß, à 150, 180, 200, 250, 300 Pf.
Bettzeuge, Inletts, Schlaf-
decken, Bettlicher, Stroh-
säcke, Bodelnken
empfiehlt
allerbilligst in bester Qualität
Kaufhaus
S. Maerker,
Amendorf.
Ausgabe von Rabattmarken.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Zeit.
Zum bevorstehenden
Weihnachtsfeste:

empfehle
Prima Stollenmehl
Back-Butter — **Backwaren**
Kaffee — **Kolonialwaren**
Wein — **Spirituosen** —
Delikatessen
zu billigsten Preisen.
Chr. Elsässer Nachf.
Wasservorstadt 13.

Weissenfels.
Morgen Aufgabe meines Ge-
schäfts verkaufe
Pelzwaren
als: Kragen, Muffe, Jacken,
Fäuförbe usw. zu außerordentlich
billigen Preisen.
Chr. Wahren,
Klosterstr. 10, I.

Christbäume.
Die schönste u. grösste Aus-
wahl bayrischer Christbäume u.
Nichten in allen Größen verkauft
billig **Meinrich Schmalz.**
Grosse Lützowstr. 37,
(Hotel Goldenes Schiffchen).

Wohnungseinrichtung
wenig gebrauchter Wägen,
Vertikale, Sessel, 4 Holz-
stühle, Tischschrank, Spiegel,
Schreibtisch, Bettische mit guter
Matratze und Bettwäsche (spott-
billig verkauft
S. Rosenberg, Golzstr. 21,
1 Troppa.

Zipsendorf.
Kolonial- und Schnittwaren
billigt bei
Arthur Bernhardt.

Teuchern.
Empfehle als passende Weih-
nachtsgeschenke:
Hüte, Mützen, Filzschuhe,
Schlipse, Kragen u. s. w.
Gottlieb Krause, Bahnstr. 4.
Empfehle diese Woche zu verkaufen.
Frankenstr. 18. m

Wittm.: Schlachtefest.
Früh: Weisfisch.
H. Fr. mme,
Weisfische 20.

Wittm.: Schlachtefest.
Früh: Weisfisch.
H. Fr. mme,
Weisfische 20.

Tüchtige Formner
für dauernd sofort gesucht.
Oerige & Schröder, Triebes
(Reuth).

Teuchern.
Allen Freunden und Partei-
genossen von Stadt u. Land
hierdurch zur Kenntnis, daß ich
Teuchern nicht verlass, viel-
mehr bestrebt bin, meinen ge-
schätzten Kundenkreis durch gute
u. prompte Bedienung zu erhalten
und zu erweitern. Jede Beauf-
tragung mit allen Ehrenanliegen in
empfehlende Erinnerung.
Nachachtung des
Gust. Penkert,
Barbar u. Friseur, Edgängerstr.
Halle a. S.

2. Beilage zum Volksblatt.

№. 295.

Halle a. S., Mittwoch den 18. Dezember 1907.

18. Jahrg.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Montag, den 16. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Vorleser: Steiner.

Der Rat des Stadt Rath ist mit Blumen geschmückt, da der alte Herr — er ist 82 Jahre alt — nach 33jähriger Tätigkeit als Stadtvorordneter der letzten Sitzung bewohnt. Der Vorleser begrüßt ihn herzlich, dankt ihm für seine Tätigkeit und rühmt ihm ein herrliches Lebensalter an. — Stadt Rath dankt für die ihm zu Teil gewordene Ehre und wünscht daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen ihm und dem Kollegium beständig bleibe. — Das Protokoll wurde genehmigt.

Einlage: Ein von den Wohnern der Nikolaifrage unterzeichneter Antrag über das neue Treiben auf dem Stadthaus, wodurch die Hauseigentümer geschädigt würden, nicht an den Petitionsausschuß, der die Beschwerden prüft, — Eine Eingabe zur Vertagung des Beschlusses wird dem Referenten dieser Vorlage, Stadt Rath, überreicht. — An den Petitionsausschuß geht die Eingabe des früheren Beamten Wittenbecker, der eine Aufbesserung seines Gehalts verlangt. Der Magistrat hat die Aufbesserung abgelehnt. — Gegen eine in der Presse erschienene Notiz, nach der eine Erhöhung des Preises für elektrische Kraft angekündigt worden war, erklärt die Stadt Rath, daß weder im Kuratorium noch im Magistrat die Absicht bestehe nach Befinden, den Preis der Energie zu erhöhen. Die Notiz ist unrichtig gemeldet.

Ueber die Protektion gegen die Gültigkeit der Stadtvorordnetenmandate referierte zunächst Stadt Rath. Glimm. Das Mandat des Stadt Rath, Ganger, der als Einwohner von Halle-Nord in der Altstadt gewählt wurde, ist, wurde für gültig erklärt, da der Protest zu spät eingegangen ist. Stadt Rath hält es für zweckmäßig, auch materiell die Sache zu entscheiden, doch wurde davon abgesehen. — Eine Vorrede im Kollegium für gültig erklärt wurde das Mandat des Dr. Brandes, da er preussischer Staatsangehöriger ist. — Auch das Mandat des Kaufmanns Borges erwiderte der Referent für gültig zu erklären. Herr Borges ist zur Zeit des Abwählens der Wählerlisten nicht preussischer Staatsangehöriger gewesen, aber am 18. Oktober, also nach der Wahl geworden. Das genügt. Die Wählerliste setze nach dem Dr. Brandes, die Stimmberechtigung fest, sei aber nicht entscheidend für die Wählerliste.

Stadt Rath wendet dagegen ein, die Abwählung made in § 75 keine Interdiktion zwischen Wahlberechtigung und Wählbarkeit. Der Gewählte hätte müssen bei Abwählung der Wählerliste die Staatsangehörigkeit beibehalten; dies verlangt der klare Wortlaut des Gesetzes. Das Urteil des Verwaltungsgerichtes dem Wortlaut der Städteordnung widersprechend, ist richtig. Nebenher sei aber das Mandat nicht für gültig anzuerkennen.

Die Stadt Rath und Schmidt weisen nach auf frühere Entscheidungen hin, die gültig für die Gültigkeitserklärung lauten. Das Mandat wurde dann gegen die sozialdemokr. Stimmen für gültig erklärt. Für ungültig erklärt wurde dann das Mandat des Dr. Steinbrück aus den bereits mitgeteilten Gründen.

Vom Giebelkneifer Gaswerke.

Zu der Anfrage: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um das Gaswerk Giebelkneifer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten? — führte Stadt Rath. Blume aus, es sei in vielen Fällen vorgekommen, daß das Gaswerk schwer gefehlt habe. Da hätten im Winter abends um 10 Uhr ganze Heiden von Laternen nicht gebrannt. Der Magistrat sei zwar einzeln mit dem Gaswerk, das Gaswerk an seine Pflicht zu erinnern; es müsse aber mehr geschehen.

Erster Bürgermeister Dr. Hübner: Seit der Einverleibung von Giebelkneifer haben die Verhandlungen zwischen Magistrat und Gaswerkleitung nicht aufgehört. Man kann Bände schreiben über die Beschwerden, die gegen das Gaswerk eingegangen sind. Auch über die öffentliche Beleidigung seitens der Klagen gekommen, die auf Beschlüssen des Gaswerk zurückzuführen sind. Das einzige Mittel, das der Magistrat jetzt in der Hand habe, um die Gaswerk zu zwingen, ist die Konventionalstrafe. Die öffentlichen Laternen werden unwirksam von Kindern im Alter von acht bis 14 Jahren bedient. Man sollte gar nicht glauben, daß jene Laternen Gegenstände hände sind, die dem öffentlichen Nutzen dienen. Beispielsweise ist, daß der Gasdruck ausreißend war; aber es ist erwiesen, daß die Leitungshähne verschmutzt waren. Für die Oberrealchule wurde eine gute Beleidigung notwendig und da sind neue Konflikte mit dem Gaswerk zu befürchten. Der Magistrat wird alle Fälle erörtern, in denen der Vertrag abgebrochen wurde. Allerdings ist der Vertrag letzterzeit davor zu zerfallen, daß der Gaswerk zurechtgestellt worden, daß ein Jurist selbst etwas herausbekommen kann und ein Richteramt damit fertig wird. Ein eingetragenes Schiedsgericht habe nun erkannt, daß der Magistrat berechtigt ist, von dem Gaswerk zu verlangen, Kabel zum elektrischen Licht zu legen. Das Gaswerk hat nach dem Vertrage die Vorhand, dort Kabel zu legen, wo der Magistrat ein Bedürfnis für elektrisches Licht anerkennt.

Jene Kabel müssen dann gefesselt werden, und wenn das Gaswerk dazu nicht in der Lage ist, wird die Stadt elektrische Licht dahin bringen. Damit werde die Stadt dem Gaswerk gegenüber in eine wesentlich vorteilhaftere Position gebracht, und man werde sehen, was sich tun läßt. Im übrigen möge man dem Gaswerk gegenüber nicht allzu sehr mit offenen Karten spielen und nicht zu viel reden.

Stadt Rath: Ich bin auch der Meinung, daß es bei der Gaswerk am Druck fehlt. Was der Erste Bürgermeister sagt, trifft nicht ganz zu. Sonntags, wenn in den großen Straßen die Lampen brennen, merkt man am besten, was es mit dem Druck ansieht. Aber auch an den Wochentagen sieht es genau aus. Vor 12 Jahren ist einmal in der Gaswerk ein Ding eingeleitet; da hat man gar kein Licht gehabt, und die Bürger waren genötigt, die Leuchten vorzubringen. Das Werk ist am Material und an den Leuchten, die beidseitig werden. Die Gaswerk werden von den Büchern selbst bedient. Da hätte einmal geprüft werden, ob dies zutrifft ist. Die Stadt sollte verlangen, recht viele Laternen anzuflehen. Wie wäre es, wenn einmal die Frage angesetzt würde, das Werk zu kaufen? (Beifälliger Widerspruch.) Einige Bürger, die an der Gaswerk beteiligt sind, sollen keine Zinsen bekommen und wer Zinsen erhalten sollte, müsse nach Bremen reisen, erkläre man.

Stadt Rath: Herr Steiner meint, von einem Kaufman möge man nichts hören lassen; vielleicht laure man in Bremen bloß darauf. Ebenso wie die Gaswerk könnte man dann auch alles Gien laufen, das man nicht gebrauchen könne. Auch von anderer Seite wurde der Gedanke eines Ankaufs der Gaswerk anstatt abgemietet. Bürgermeister Dr. Hübner teilt noch mit, daß der bereits erwähnte Schiedsgericht dem Magistrat nun auch die Entscheidung darüber in die Hand lege, wohin und wie viele Laternen aufzustellen seien. Auch das sei ein wertvoller Fortschritt; denn bisher hätte um jede Laterne gefesselt werden müssen.

Damit erbeite die Beipredung, da Anträge nicht gestellt worden waren.

Bezahlung der Feiertage an die städtischen Arbeiter.

Es gelang folgender sozialdemokratischer Antrag zur Beratung: Das Kollegium wolle beschließen: Den im Stundenlohn stehenden städtischen Arbeitern ist für die auf Wochentage fallenden Feiertage eine Entschädigung in Höhe ihrer durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienste zu gewähren. Der Magistrat wird ersucht, diesem Antrage beizutreten.

Stadt Rath: Der Magistrat hat durch die Vertagung des Antrages vor 8 Tagen Zeit zur Überlegung gehabt, kann heute Antwort geben, ob er den Antrage entsprechen will. Die Forderung ist zu berechtigt, daß sich eigentlich eine Begründung erübrigt. Es gibt städtische Arbeiter, die nach Wochentage bezahlt werden. Denen darf nach der Gewerbeordnung für Feiertage kein Abzug vom Lohne gemacht werden. Die Arbeiter der Gaswerk dagegen und andere städtische Arbeiter stehen im Stundenlohn. Sie müssen für die beiden Weihnachtsstage und den Neujahrstag zusammen einen halben Wochenlohn ein. Da die Forderung der städtischen Arbeiter auf Einführung von Wochentagen noch lange Zeit brauchen wird, so ist es richtig, zu bescheiden, daß der Antrage den städtischen Arbeitern wenigstens die Weihnachtsfeiertage nicht zu verberchen. Sie müssen sonst in der Weihnachtswoche, wo vermehrte Ausgaben ihnen erwachsen, mit 12—14 Mk. nach Hause gehen. In den Gaswerken kommen 80—85 Arbeiter in Betracht, jedoch die ganze Mehrzahl sind noch keine taugliche Arbeiter für die drei Tage ausmacht. Was der Arbeiter in der Gaswerk verdient, muß denen in der Gaswerk billig sein. Das hat die Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer um Hunderttausende aufgehoben, so werden wohl für die städtischen Arbeiter einige Hundert übrig sein.

Dr. Hübner: Es handelt sich um keine Intervention, auf die eine Antwort erforderlich ist. Der Magistrat müsse erst die in Frage kommenden Kuratoren hören und werde dann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Stadt Rath: Einem Antrage kann man heute so unvorbereitet nicht folgen, jedoch es ist der Antrage annehmbar. Es ist eine außerordentliche Sache, wenn das Budget des Arbeiters gerade an Feiertagen durchgehend nicht wird. Das ist keine Freude zum Heile. Sollte man den Antrage auch nicht als von einer bestimmten Partei kommend an. Nicht aus Sentimentalität, sondern aus Gerechtigkeit solle man dem Antrage präzis und vollständig zustimmen. Aber demokratisch dürfte man dabei nicht handeln.

Stadt Rath: Einem er meint, man müsse dem Magistrat das Budget steifen, damit er für solche Anträge empfänglich wird. Die Leute, denen damit geholfen werden solle, sind meistens Gegner der Sozialdemokraten. Das sind städtische Arbeiter, die meist bürgerlich wählen. Die Sozialdemokratie handle nicht aus Parteihaftigkeit, sondern aus Gerechtigkeitssinn. Die Beamten erhalten die Feiertage mit bezahlt, also könne man auch für die Arbeiter eintreten.

Stadt Rath: Was nützt den Arbeitern die „prinzipielle“ Zustimmung? Aber die Art des Herrn v. Blume ist die aller bürgerlichen Sozialreformer nach dem Rezept: Welche den Besten, doch nicht für ihn nicht. Den ist städtischen Arbeiter, will der Magistrat Gumbert von Marx über die Gehaltsveränderung hinaus zulegen, um nicht ihre Arbeitsfreudigkeit zu vermindern. Warum handelt man nicht so bei den Arbeitern? Herr v. Blume führt einen Giertrag auf, durch den die Forderung vor vergrößert wird.

Vorleser Steiner: Auch auf die Gefahr hin, ebenfalls von Herrn Thiele als Giertrag erklärt zu werden, stimme ich den Ausführungen des Herrn v. Blume zu. Solche Fragen müßte man doch vorher prüfen. Schließlich erklärt man den 1. Rat auch als Feiertag, für den man Lohn verlangt. Nebenher verlangt, den Magistrat zu erlösen, eine Vorlage zu machen über den Kostenantrag, der durch Annahme des Antrages Thiele entstehen würde.

Stadt Rath: Ganger erklärt sich als Freund des Antrages, der geeignet erdeme, Ungleichheiten zu beseitigen. — Stadt Rath wendet sich gegen den Antrag und meint, die Arbeiter müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende ist auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdem

